

# Deutsche Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 86 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 14. April 1934

Chefredakteur: M. Braun

Wie beginnen heute mit dem  
Abdruck einer Artikelreihe  
von Heinz Liepmann über  
„Internationale  
Probleme der  
Emigration“

Seite 3

## Herausforderung! Gestern und heute

### An die Geheime Staatspolizei, an das Reichs-Propagandaministerium und an ihre Presse

In der „Saarbrücker Zeitung“ vom 13. April lesen wir: „Deutsche Freiheit“

St. Genf, 12. April.

Das „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich mit einem Artikel, der in der Saarbrücker Emigrantenzzeitung „Deutsche Freiheit“ unter der Überschrift „Erlebnis in Zürich“ von einer Emigrantin in der Schweiz veröffentlicht worden war. Das Blatt führt dabei u. a. aus: „In Saarbrücken erscheint die Emigrantenzzeitung „Deutsche Freiheit“. Dieses überlieferte Gloriat jüdisch-marristisches Geistes wird auch von Schweizer Zeitungen gelegentlich als Quelle benutzt. Eigentlich sollte dieses Blatt, dem Lüge und Verleumdung auf der Stirn geschrieben stehen, bei uns verboten werden, weil es dazu geeignet ist, die guten Beziehungen zu unserem Nachbarstaat zu trüben.“ Zum Schluss erklärt der Artikel: „Die Zeit wird zeigen, ob auf die Dauer die Schweiz der Zummelpfad solcher Elemente bleiben soll, die nicht nur das schweizerische Ansehen mißbrauchen, sondern auch noch unsere alt-schweizerische Tradition verhöhnen und beschmutzen.“ So das „Berliner Tageblatt“.

Das „Berliner Tageblatt“ wird seit einiger Zeit in den gleichgeschalteten deutschen Zeitungen ähnlich gern und häufig zitiert wie einst die Pariser „Kolonne“, ehe sich öffentlich herausstellte, daß sie von der deutschen Reichsregierung und von Herrn Stavisky gleichermaßen gesteuert und gelehrt worden war.

Was unser Feuilleton „Erlebnis in Zürich“ betrifft, das übrigens gar nicht von einer in der Schweiz lebenden Emigrantin stammt, so hat es und gerade aus der Schweiz entzückte Zuschriften von eidgenössischen Staatsbürgern eingebracht, weil es die Verhältnisse viel zu richtig schildere. Wie sehr es geeignet ist, „alt-schweizerische Traditionen zu verhöhnen und zu beschmutzen“, beweist der Schluss der kleinen Arbeit:

Sind Demokratie und Kapitalismus auf die Dauer vereinbar? Mit diesen Fragen vor der Zukunft verlassen wir das Land, dessen Volksrechte auf dem Müll vor vielen Jahrhunderten unveräußerlich festgelegt wurden und lebendigen Atem befehlten für alle, die mit der Freiheit und dem Menschenrecht untrennbar verschmelzen sind.

Wenn das „Berliner Tageblatt“ auf Grund eines solchen Bekennnisses zum Geist der Schweizer Demokratie unser Verbot in der Schweiz fordert, ist das ein Beweis dafür, wie

stark sich bei vereinzelt Gruppen auch in der Schweiz der Wille festgesetzt hat, geistigen Kampf durch Polizeimittel zu entscheiden. Es hieße die Bundesbehörden der Schweiz beleidigen, wenn wir auch nur einen Augenblick annehmen wollten, sie beabsichtigten eine Auslegung ihrer Verordnung in der plumpen und geschäftigen Art, die ihnen das „Berliner Tageblatt“ zuzuschreiben trachtet.

Dem „Berliner Tageblatt“ aber wollen wir Gelegenheit geben, wirkliches Material für unser Verbot in der Schweiz beizubringen.

Wir fordern das Blatt auf, uns unverzüglich nachzuweisen, wann wir Lügen und Verleumdungen veröffentlicht haben. Die Mithilfe der Geheimen Staatspolizei und des deutschen Reichspropagandaministeriums wird dem in Berlin so geschätzten Blatt sicherlich zur Verfügung stehen, falls diese Stellen Material über unsere Lügen und Verleumdungen besitzen sollten. Auffallend ist dann allerdings, daß weder die Geheime Staatspolizei noch das Reichspropagandaministerium bisher auch nur in einem einzigen Falle Gelegenheit genommen haben, uns irgendeine „Lüge oder Verleumdung“ nachzuweisen. Nicht minder auffallend ist, daß gegen unser Blatt, „dem Lüge und Verleumdung auf der Stirn geschrieben stehen“, während seines nun immerhin zehnmönatigen Bestehens weder eine private noch eine öffentliche Klage angestrengt worden ist. Bei einem so aggressiven und rücksichtslosen Kampfblatt immerhin eine feltene Erscheinung.

Dem Saarbrücker Blatt schließlich, das aus denselben reichsdeutschen Quellen gespeist wird, wie die korrupte Pariser „Kolonne“, ist noch zu sagen, daß bei den reichen Berliner Subventionen doch hätte erwartet werden müssen, daß mindestens die „Saarbrücker Zeitung“ ab und zu die „Lügen und Verleumdungen“ hätte aufzeigen müssen, die uns angeblich an der Stirn geschrieben stehen.

Wir erwarten, daß das „Berliner Tageblatt“ und die „Saarbrücker Zeitung“ nun sofort mit ihrem Material gegen uns herandrücken. Man wird vergebens warten.

Wir jedenfalls werden unseren Kampf fortsetzen: für Deutschland, gegen die Barbarei! Nicht minder scharf und rücksichtslos gegen eine Journalistik, der bestimmte sehr materielle Interessen an der Stirn geschrieben stehen.

## Kirchen-Müllers Regiment zu Ende?

Von allen Seiten berannt . . . .

Sind die Tage der Diktatur des Reichsbischofs Müller wirklich gezählt? Fast scheint es so. Von mehreren Seiten wird seine Position gefährdet. Die NSDAP hat beschlossen, durch einen Gewaltakt den innerkirchlichen Streitigkeiten ein Ende zu bereiten. Der Münchener Nationalsozialist Dr. Jäger wurde auf den Druck der Partei hin zum Mitglied der Kirchenregierung mit diktatorischen Vollmachten ernannt. Er wurde auf den Druck der Partei hin zum Mitglied der Kirchenregierung mit diktatorischen Vollmachten ernannt. Er wurde auf den Druck der Partei hin zum Mitglied der Kirchenregierung mit diktatorischen Vollmachten ernannt.

Gleichzeitig aber ist der Pfarrer-Notbund aktiver als je. Der kommissarische evangelische Bischof von Berlin, Domprobst Eder, ein Mitglied der Deutschen Christen, hat für den 11. April sämtliche Berliner Pfarrer zu einer Konferenz eingeladen. Die Angehörigen des Pfarrer-Notbundes konnten nicht an dieser Konferenz teilnehmen. Sie erklären eine Erklärung, daß sie erst dann wieder solchen Einladungen folgen werden, wenn ihre abgelehnten Amtsbrüder rehabilitiert seien und die Beschlüsse, die die kirchliche Opposition im Dienste der Reaktion fassete, offiziell zurückgenommen werde. So wurde aus der Konferenz nichts. Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ teilt mit, daß von den 400 Berliner Pastoren 200 dem Notbund und 400 den Deutschen Christen angehören. Nach 120 den Deutschen Christen angehörenden evangelischen Schätzungen stehen von der gesamten evangelischen Geistlichkeit Deutschlands 6000 im Lager des Notbundes, 2000 bei den Deutschen Christen und 9000 verhalten sich „neutral“. Man nimmt nicht mit Unrecht an, daß diese 9000 innerlich mit dem Pfarrer-Notbund sympathisieren.

Aber damit sind die Schwierigkeiten des offiziellen Kirchenregiments noch nicht abgeschlossen. Der frühere Kirchenminister Dr. Friedrich Berner, der ursprünglich persona gratissima des Reichsbischofs war, im Dezember aber plötzlich entlassen wurde, hat seinen Prozeß gegen die evangelische Kirche gewonnen. Ein Urteil des Landgerichts Berlin verpflichtet den Reichsbischof oder die Kirchenregierung zur Weiterbezahlung des Gehaltes. Dieses Urteil stellt die Rechtsgültigkeit sämtlicher kirchenpolitischer Dekrete Müllers ernsthaft in Frage. Der eigentliche Kopf ist längst nicht mehr Müller, sondern sein „Stabschef“, Bischof Oberheid, der früher in der westdeutschen Schwerindustrie als besonderer Vertrauensmann Thunssens eine einflussreiche Rolle spielte. Er holte später sein Theologiestudium nach und trat in die SA ein. Im März 1933 bestand er sein theologisches Examen. Nachdem er ein halbes Jahr Pfarrer war, wurde er Bischof. Dieser Mann, Besitzer großer diplomatischer Fähigkeiten und ausgeprägter Gewandtheit, ist heute der eigentliche Kirchenregent.

Inzwischen gehen die Amtsenthebungen immer weiter. Aus allen Teilen Preußens und Sachsens werden, wie United Press meldet, Mahnungen von Pastoren gemeldet. Fast überall protestieren die Gemeinden, da sie nahezu durchweg hinter den Notbund-Pfarrern stehen. Allein in Sachsen wurden seit Oktober 24 Pfarrer ihres Amtes enthoben. Darunter befindet sich der bekannte Dresdener Hosprediger von Kirchbach.

Von Westfalen abgesehen, ist der Proteststurm in Pommern besonders heftig. 120 Personen haben beim Reichsbischof Einspruch gegen die Mahnungen erhoben. Die

Geht es schon los? Wann war es das letzte Mal, daß man dergleichen las? Die Überschrift nämlich, die wir heute in der „Kölnischen Zeitung“ lesen: „Gegen den neuen Eier-Schleichhandel“.

Schleichhandel — das war doch eine Sache aus der Zeit im Kriege und unmittelbar nachher, als es nichts zu essen gab. Als die Wirtschaft nicht mehr funktionierte. Als die Stadtbevölkerung nichts mehr kaufen konnte, weil sie zu arm war, und die Bauern nichts mehr verkaufen wollten, weil sie der Mark nicht mehr trauten. Als Wohlhabende Unsummen für ein Pfund Butter anlegten und die weniger Glücklichen über eine Untertasse voll Rübenmus froh waren.

In der Tat, die Meldung, die das Deutsche Nachrichtenbüro in aller Unschuld mit dem Datum des 12. April 1934 versieht, könnte ebenso gut am 12. April 1917 veröffentlicht worden sein:

„Mittwoch morgen wurde mit großem polizeilichem Aufgebot eine Kontrolle der Zentralmarkthalle Berlin am Alexanderplatz vorgenommen. Das Ziel war, alle diejenigen Aufkäufer und Zwischenhändler von Eiern zu erfassen, welche entgegen den gesetzlichen Vorschriften Eier noch unmittelbar bei den Erzeugern oder bei den Kennzeichnungsstellen ohne Mitwirkung der Bezirkszentralen aufkaufen. Eine große Anzahl von solchen Händlern und Aufkäufern wurde festgestellt. Ihre Ware wurde beschlagnahmt und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Vor wenigen Tagen wurden in Stettin ebenfalls in großem Umfang Kontrollen durchgeführt. Die Übertretung der neuen Eierbestimmungen wurde auch hier festgestellt und zur Anzeige gebracht. Solche Kontrollen der Märkte werden auch an anderen Orten erfolgen.“

Was ist da passiert? Versuchen wir es uns vorzustellen — denn mit handfesten, zuverlässigen Mitteilungen ist der deutsche Nachrichtenapparat leider sparsam. Also: die Lebensmittel werden offenbar mit jedem Tage teurer. Zwar die Statistik zeigt es nicht an; im Gegenteil, da sinken die Preise in den letzten Wochen. Auch die Eierpreise — was ja im Frühjahr ganz natürlich ist. Aber damit muß es doch irgendwo einen Haken haben. Denn ohne Grund macht der Schleichhändler sich nicht auf die Strümpfe.

In der deutschen Landwirtschaft diktiert der Staat die Preise. Er hat vorher durch eine unnütze Zollwirtschaft sein Möglichstes getan, sie in die Höhe zu treiben, und versucht jetzt das Unmöglichste, nämlich ihr weiteres Steigen zu verhindern. Eine weise Politik, die den Beamten wenigstens Beschäftigung gibt.

Aber der Bauer will nun einmal Geld sehen. Und es scheint Leute zu geben, die imstande sind, höhere Preise zu zahlen. Dazu gehören zwar nicht die Millionen, denen Hitler durch seine Arbeitsbeschaffung Arbeit und Brot nicht ohne Margarine versprochen hat, aber doch wohl diejenigen, die wir in der „Eleganten Welt“ oder der „Berliner Illustrierten“ beim Fahr- und Reitturnier der Grünen Woche mit eleganten SS-Uniformen abgebildet sehen. Für diese kauft der Schleichhandel die Eier auf.

Kurz: alles wie einst im April vor siebzehn Jahren. Wenn man den Herrn Schleichhändlern einen Tip geben dürfte, so würden sie gut daran tun, sich demnächst mit Strümpfen, Damenblusen oder Unterhosen auszurüsten. Nach dieser Ware wird voraussichtlich bald große Nachfrage sein. Denn in ihrer Weisheit und in ihrer Not hat die Reichsregierung bekanntlich die Einfuhr von Wolle, Baumwolle und anderen Stoffen, die man für Strümpfe, Blusen und Unterhosen braucht, verboten. Das Allerklügste aber wird sein, wenn der Herr Schleichhändler bei dem Herrn Unterhosenverkäufer sogleich mit einem Korb voll Eiern antritt. Denn Mark ist Mark, und Sache ist Sache, und was nützt die schönste Währung, wenn man sich nichts dafür kaufen kann.

Es wäre noch nicht soweit? Zugegeben. Aber wenn man in der gleichen Zeitung Nummer und auf derselben Seite Überschriften liest wie „Ausgabe neuer Fettverbilligungsscheine“, dann wird man doch zu lebhaft an die Vergangenheit erinnert, um nicht auch an die Zukunft zu denken.

Argus.

oppositionelle Stimmung wurde geschürt durch einen Vorgang, der erst jetzt bekannt wird. Vor einigen Wochen wurde der Superintendent Reumann in einer Versammlung der Deutschen Christen, in der er in der Diskussion sachlich eine andere Meinung vertrat, aus dem Saal geworfen, schwer mißhandelt und alsdann ins Gefängnis gebracht. Von der Zeitung der Versammlung geschah nicht das Geringste zum Schutze des Superintendenten.

So fallen sich die Wolken über dem Haupte des Kirchenregiments Müllers zusammen. Er ist ein erledigter und abgewirtschafteter Mann, der die maßgebliche Verantwortung für die vollkommene Auflösung der evangelischen Kirche zu tragen hat. Freilich enthebt die Frage: Wird sein Abschied die auseinanderstrebenden Elemente wieder aufammenfügen können? Wir zweifeln daran. Der Riß geht tief und scheidet die Geister.

# Der Trierer Bischof in Reih und Glied

## Ein neuer Hirtenbrief, der den Protest seiner Amtsbrüder gegen das Neuheidentum bekräftigt

Bischof Franz Rudolf Bornewasser von Trier hat einen neuen Hirtenbrief erlassen: Immer mehr wagen sich Vertreter einer neuheidnischen Weltanschauung an die Gläubigen heran und predigen eine sogenannte alleinige artige Religion des deutschen Volkes, eine Religion der Rasse und des Blutes, die zu der Glaubenslehre unserer hl. Kirche, ja zu den Grundwahrheiten des Christentums in unüberbrückbarem Gegensatz steht und die Verführung zum Neuheidentum und zum Abfall von Christus im Geolge hat.

Der Hirtenbrief erinnert an die Stellung des deutschen Episcopates gegenüber Punkten des Beseßes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses: Eine große Verwirrung wird in dieser Beziehung in das Volk hineingetragen. Laßt euch nicht verwirren! Auch nicht, wenn man einen deutschen Bischof sogar lässlich und läghaft verdächtigt, er denke anders. Der Bischof wiederholt seine Warnung gegen Schriften, Zeitchriften, Kalender usw., welche den katholischen Glauben und die christliche Tugend untergraben: Dabei muß ich meinem tiefsten Bedauern Ausdruck geben, daß ein bekanntes, von der Kirche längst verbotenes Buch

logar in Schülerbibliotheken aufgenommen wurde, oder, wie man mir sagt, aufgenommen werden müßte.

Die größte Sorge bereitet dem Bischof die Reinerhaltung des Glaubens und die Erhaltung reiner Sitten in der Jugend. Dies muß auch die größte Sorge der Eltern sein. Die Eltern, deren erholungsbedürftige Kinder im Sommer einen Landaufenthalt zugebilligt erhalten, behalten auch für diese Zeit ihre Verantwortung und haben deshalb das Recht zu verlangen, daß ihr Kind in eine konfessionstreu und sittlich durchaus einwandfreie Familie hineinkommt. Weiter heißt es:

„Ihr habt in den Zeitungen gelesen, daß die großen Vereinigungen der katholischen Studenten an den Universitäten und Hochschulen ihren ausschließlich katholischen Charakter aufgegeben haben, wie manche sagen, durch die Verhältnisse gezwungen. Unteren Schmers haben viele Tausende von Männern geteilt, die aus diesen Verbänden hervorgegangen sind und große Verdienste um Volk, Vaterland und Kirche gehabt haben und noch haben, auch viele Tausende treukatholischer Studenten, die heute noch Mitglieder dieser Vereinigungen sind.“ Die Spaltung des deutschen Volkes ist sehr schmerzhaft. Aber niemals wird diese Spaltung dadurch geheilt, daß man katholisches und evangelisches Christentum vermischt und die wesentlichen Unterschiede leugnet. Religion ohne Konfession ist eine Schale ohne Inhalt.

Beide Konfessionen sollen in einem hl. Wettstreit der Liebe dem Vaterlande dienen.“

Gleichzeitig richtet Bischof Dr. Bornewasser im „Kirchlichen Anzeiger“ ein Mahnwort an die Führer und Mitglieder der katholischen Vereine, worin er sagt:

„Im Artikel 81 des am 20. Juli 1933 zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich abgeschlossenen

## Hilferjugend in der Schweiz

So ist die Bande

Das „Volksrecht“ in Zürich meldet: Letzte Woche hielten sich einige Schüler aus Zürich in der Jugendherberge Böschentrotz am Juraersee auf. Am Mittwoch erhielten sie unangemeldeten Besuch von 10 Hiltlerjugend aus Stuttgart. Am Freitagmorgen waren diese wieder aus, und der Hiltlerwart, der am Freitagmorgen im Ferienheim eintraf, konnte nur noch berichten, daß diese Jugend aus dem Dritten Reich sich geradezu vandalisch im Heim benommen hätte: Sechs Tische waren zertrümmert auf dem Küchenboden. Das von den Burken benötigte Geschirr und die Platten standen, teilweise noch mit Ueberresten gefüllt, auf dem Tisch und Boden herum. Ein halber Kochkessel voll gekochte Teigwaren wurde auf den Küchenboden geschüttelt.

Im Hiltlerbuch war folgender Eintrag: „Helix Maß, Stuttgart, 9 Personen“. Unter der Rubrik Bemerkungen stand: „Ein richtiges jüdisches Heim“.

Die Aufenthaltstaxe haben die Burken natürlich auch nicht bezahlt, trotz des deutlichen Ansehens im Aufenthaltsraum, bei Abwesenheit des Hiltlerwarts sei die Aufenthaltstaxe in die Hiltlerkasse zu werfen.

Diese „deutsche Jugend“ hat sich für die kommende Saison sehr vorteilhaft eingeführt. Die Herbergsleiter und Hiltlerwarte der Naturfreundebehörden tun jedenfalls gut, dieser Sorte Wanderer aus dem Dritten Reich besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

## Generallandschaftsdirektor

von Hippel zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt

DNB, Nürnberg, 13. April. In einem seit einigen Wochen vor der Großen Strafkammer schwebenden Prozeß gegen den ehemaligen Generallandschaftsdirektor v. Hippel wurden gegen den Angeklagten wegen Betruges und Untreue drei Strafen von je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis beantragt, die zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis zusammengezogen werden sollen. Ferner beantragte der Staatsanwalt die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Es handelt sich hier um einen sehr weitläufigen Prozeß gegen Hippel, indem diesmal kein ganzes Gebahren bei der Landchaft und „Radol“ aufgedeckt wurde.

Das Gericht verurteilte folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen fortgesetzten Betruges und einfachen Betruges in je einem Falle und fortgesetzter Untreue zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis, 5000 RM. Geldstrafe im Falle der Verurteilung, 4000 Reichsmark in der Angelegenheit der „Radol“ und 1000 RM. in der Angelegenheit der Reisekostenerschöpfung, ersatzweise in allen Fällen für je 100 RM. Geldstrafe zu einem Tag Gefängnis, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Gleichzeitig wird ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß das Gericht sich anlässlich der Unzuverlässigkeit der Angeklagten bei der Hauptverhandlung bewußt nicht darauf beschränkt hat, den objektiven, sondern auch den subjektiven Tatbestand festzustellen. Die Hauptverhandlung hat Harz Erhebungen abbracht. Das Gericht war in der Lage, festzustellen, daß keine hochherzige Persönlichkeit, sondern ein Mann, dessen Handlungen auf egoistischer Grundlage ruhten, vor ihm stand. Der Angeklagte hand in Schreyen an höchster Stelle, aber er hat nicht abhandelt im Sinne eines Nähreriums, das entschlossen ist, voranzufahren, was es von anderen Volksgenossen verlangt. Gründe für die Annahme der Annehmeerlasse liegen nicht vor, da der Angeklagte nicht aus Not, sondern aus egoistischen Motiven handelte.

Konfordates hat die Reichsregierung den katholischen Organisationen und Verbänden, ihren Einrichtungen und ihrer Tätigkeit Schutz zugesagt.

Die Führer und Mitglieder der katholischen Vereine bitte ich herzlich, in der Treue zu den unter Leitung der Kirche stehenden Organisationen nicht zu erlahmen. Eifermütig mögen sie zeitweilige Einengung des äußeren Wirkens hinnehmen, um so eifriger aber religiöses Denken und Leben sowie freudensüchtige Gesinnung gemeinschaftlich pflegen, wie es das erste Ziel katholischer Vereinsarbeit ist. Selbstverständlich ist feilische parteipolitische Betätigung von dem Wirken katholisch-kirchlicher Vereine ausgeschlossen.

Das katholische Volk möge dem Abbruch der Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Reichsregierung mit dem Vertrauen entgegensehen, daß die hohen Verhandlungspartner es nicht zulassen werden, daß treudensüchtige Volksgenossen deshalb dauernd bedrängt und zurückgesetzt werden, weil sie katholischen Vereinen angehören, denen staatlicher Schutz in feierlichem Uebereinkommen ausdrücklich zugesichert worden ist.

Trier, den 3. April 1934.

† Franz Rudolf, Bischof von Trier.

Der Hirtenbrief des Trierer Bischofs ist ein neues wichtiges kirchenpolitisches Dokument. Bischof Bornewasser galt bisher als besonders versöhnlich und den braunen Nachhabern gegenüber sehr entgegenkommend. Jetzt weht ein anderer Wind — von Rom her. Er ist aus jeder Zeile zu erkennen. Bischof Bornewassers Bekenntnis steht an Schärfe und Deutlichkeit demjenigen der anderen öberlichen Hirtenbriefe nicht nach.

Besonders interessant ist sein Hinweis auf die katholischen Studentenverbindungen. Er deutet an, daß der Verzicht auf ihren ausschließlich konfessionellen Charakter nicht freiwillig erfolgt sei.

Zur Diözese des Bischofs Bornewasser gehört auch das Saargebiet, von dessen 800 000 Einwohnern mehr als 70 Prozent katholisch sind.

# Phantasien aus Genf

## Rosenroter Optimismus

Paris, 12. April.

Die diplomatische Mitarbeiterin des „Ceuvre“ beschäftigt sich in einer Genfer Meldung mit der Beurteilung der deutschen Lage in Völkerverbindungen und der Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage. Die Korrespondentin stellt zunächst fest, daß man in Genf seit der letzten Tagung des Abrüstungsbüros eine ganz neue Einstellung gegenüber Hitler-Deutschland habe. Man habe dort das Gefühl, daß der Ton in Deutschland gegenüber dem Reichskanzler nicht mehr derselbe sei, und daß selbst in Völkerverbindungen gewisse Kritiken gegen Hitler laut werden. Es besteht kein Zweifel daran, daß Hitler zur Zeit die ernste Krise durchmache, die er bisher gekannt habe.

Die meisten der in Genf vertretenen Länder seien daher der Ansicht, daß Hitler, der mit den größten finanziellen und kommerziellen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, jedes Abrüstungsabkommen annehmen werde, und

## 50 Jahre Kerkerstrafen

Auch eine Frau beteiligt

Berlin, 13. April. Gegen 25 Kommunisten aus Rottbus, Frankfurt und Berlin wurde vor einem Senat des Berliner Kammergerichts in dreitägiger Verhandlung in Rottbus ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat durchgeführt. Die meisten Angeklagten waren früher Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes, des kommunistischen Sportvereins „Fichte“ oder der KPD. Unter den Angeklagten war auch die fünfundsiebenzigjährige Berlinerin Risch, die die Verbindung zwischen der illegalen Berliner Zentralkommission der KPD und der Organisation in Rottbus aufrechterhielt. Sie und ein anderer Angeklagter wurden zu zwei Jahren neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Drei weitere Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen zwischen zwei Jahren und zwei Monaten, achtzehn Angeklagte Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr und zwei Jahren drei Monaten, zwei Angeklagte wurden mangels Beweises freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß der objektive Sachverhalt der Vorbereitung zum Hochverrat einwandfrei festgelegt worden sei. Zu berücksichtigen sei gewesen, daß die Taten nach der Machübernahme durch die NSDAP beanstanden worden seien, also zu einer Zeit, wo jeder habe sehen können, daß die neue Regierung nur das Wohl der arbeitenden Masse und des ganzen Volkes im Auge habe.

## „Prawda“ verboten!

Berlin, 13. April. Die Einfuhr und der Vertrieb der Moskauer „Prawda“, des Zentralorgans der kommunistischen Partei der Sowjetunion, ist, wie der „Ök-Express“ mitteilt, bis auf weiteres in Deutschland verboten worden. Die genannte Korrespondenz nimmt an, daß diese Maßnahme mit der auffallend geschäftlichen Sprache des Blattes gegen Deutschland und die deutsche Regierung zusammenhänge. Vor allem soll es sich um den Reichsstaatsbrandprozeß bekannte frühere Bulgare Dimitroff an diesen Angriffen beteiligt haben.

Gegen das Verbot hat ein Vertreter der Sowjet-Botschaft in Berlin beim Auswärtigen Amt Protest eingelegt. Das AA erklärte, daß das Verbot erfolgt sei, weil in der Nummer vom 4. März ein Artikel von Dimitroff erschienen sei und weil die „Prawda“ in ihren Berichten ausschließlich die negativen Seiten des sozialen Lebens in Deutschland hervorhebe.“

Daß dieses Ergebnis, geschickt von ihnen ausgeht, die von Göring getriebene internationalistische Strömung aufhalten werde, die die internationale Meinung nur mit den größten Befürchtungen triumphieren lassen würde. Denn die Genfer Kreise würden darin die Vorzeichen einer Revolution erblicken, die nach ihrer Ansicht alle Diktaturen in Deutschland erledigen würde. Auf jeden Fall halte Genf es nicht für möglich, daß eine Göring-Diktatur von Bestand ist, denn sie würde die vier großen internationalen Mächte gegen sich haben: die Juden, den Papst, die Protestanten und die Kommunisten. Man könne also annehmen, daß Deutschland selbst eine Konvention unterzeichnet, die ihm nicht vollkommene Genugtuung geben würde.

Daß Hitler alles unterzeichnet, was ihm seine jetzigen großen Schwierigkeiten erleichtern kann, steht außer Frage. Nur soll niemand annehmen, daß er beabsichtigt, irgendeine Rüstungskonvention zu halten. Die Geschichte Hitlers und seiner Bewegung sind eine endlose Reihe von Fortbrüchen, und das wird so bleiben bis zum blutigen Ende.

## Die Bonzokratie regiert

München. In einer Sitzung des bayerischen Ministerrats wurde beschlossen, die nicht der Staatsregierung angehörigen bayerischen Gauleiter als politische Beauftragte der bayerischen Staatsregierung mit der politischen Leitung der Kreisregierungen zu beauftragen.

Von nun ab untersteht auch die Polizei den bayerischen Gauleitern der NSDAP. Der Mordantifemist Streicher in Rürnberg kann also seine Judenverfolgungen von nun an nicht nur unter politischer Neutralität, sondern sogar unter politischer Beteiligung durchführen.

## Alles gerettet!

Die letzten Schiffsbrüchigen des „Tscheljuskin“ in Sicherheit

Moskau, 13. April. Nachdem es dem erfolgreichen russischen Ozeanflugzeug und anderen im Laufe des Donnerstags gelungen war, weitere 22 der „Tscheljuskin“-Schiffsbrüchigen zu retten, liegt Moskau noch ein letztes Mal nach der Eisküste auf und brachte auch noch die letzten sechs Mann der Besatzung des Eisbrechers in Sicherheit. Sämtliche Schiffsbrüchigen sind damit gerettet.

## Moskitoschwärme

verdunkeln den Himmel

Schwere Folgen der Uberschwemmungen in Südafrika

London, 13. April. „Morning Post“ meldet aus Johannesburg: In Südafrika sind infolge großer Uberschwemmungen der letzten Monate Seuchen ausgebrochen. Große Gebiete sind in Sumpfand verwandelt worden, das den Brutplatz für die Moskitos bildet. In einigen Stellen ist das Trinkwasser verdorben. Im Gebirgs-Bezirk sind bereits 71 Europäer und 70 Eingeborene an Malaria gestorben. Abends ist dort der Himmel verdunkelt von den Moskitoschwärmen. Die Eisenbahndämme werden seit Monaten immer wieder vom Wasser unterpült, so daß es starke Verkehrshindernisse gibt. Infolgedessen herrscht Mangel an Lebensmitteln und besonders an Arzneien. In Windhoek tritt Typhus und Diphtherie auf. Die Elektrizitätsversorgung der Stadt ist nur noch für zehn Tage gesichert. In Keetmanshoop ist gleichfalls eine Typhusepidemie ausgebrochen.

## Drangerzüge

Auf Veranlassung des Senators für Inneres und Justiz wurden in Bremen zwei Frauen wegen Milchpantferei öffentlich angeprangert. Sie haben eingehalten, seit längerer Zeit täglich der Milch, die sie in den Handel gaben, 16 Prozent, zum Teil noch mehr, Wasser hinzugegeben zu haben. Beide Frauen trugen ein Schild: „Wir pantfieren Milch“. Ihr Standort auf einem öffentlichen Platz Bremens war von einer großen Menschenmenge umlagert.

## Das Neueste

DNB, Paris, 13. April. Nach längerem Aufenthalt an der französischen Riviera hat Poincare, dessen Gesundheitszustand sich zusehends gebessert hat, die Rückreise nach Paris angetreten. Er ist nach kurzem Zwischenhalt in Grenoble am Donnerstagabend nach Paris weitergereist, wo er am Freitag eintrifft. Ob der frühere Präsident der Republik sich wieder politisch zu betätigen gedenkt, ob er sich ausschließlich seinen literarischen Arbeiten widmen will, steht noch nicht fest.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Srahura sind weitere Volkstängebungsanlagen an der französischen Ostgrenze mit Mannschaften belegt worden. In die Kalematten von Neuholzen, Lembach, Trachenbrunn und Rödern sowie Groß-Gatten seien die Befestigungen eingerückt. In der Gegend von Neuholzen 18 Kilometer von der pfälzischen Grenze) seien die Festungsbesatzungen durch weiter zurückliegende Reserveeinheiten verstärkt worden.

Unter der Parole, daß Krieg künftig kein Gewinnbringendes Geschäft mehr sein solle, hat der amerikanische Senat beschlossen, eine Untersuchung der Frage der Arisematerialherstellung und des Massenhandels anzuflehen. Die Untersuchung wird im Herbst dieses Jahres von einem aus sechs Mitgliedern bestehenden Sonderausschuß durchgeführt werden.

Wie der „Völkische Beobachter“ erzählt, geht das Gebärde der päpstlichen Nuntiatoren in der Priener Straße in den Augen der NSDAP über. Die Nuntiatoren fedelt in die Reichsbanktröge über. — Die deutsche Regierungspartei schwimmt in Geld, während das Reich, die Länder und Gemeinden Not leiden.

Meldungen aus Lima (Peru) und Bogota (Kolumbien) sowie aus den Nachbarstaaten infolge ist sowohl in Peru wie in Kolumbien eine intensive Rüstungsaktivität im Gange. Kolumbien hat in Porto am oberen Amazonas Truppen aufammern lassen. In Lima fanden am Donnerstag mehrere Rabincktsitzungen statt.

# Internationale Probleme der deutschen Emigration

L.  
Von Heinz Siepmann

In den Berichten der nationalsozialistischen deutschen Propaganda ist die Zahl der emigrierten Deutschen bedeutend höher als in den Statistiken der Hilfskomitees der verschiedenen Länder. Wenn man bei dieser Tatsache auch noch berücksichtigen wollte, daß es eine Anzahl von Emigranten gibt, deren finanzielle Voraussicht es ihnen erlaubte, Vermögen ins Ausland zu bringen, und die deshalb in den Listen der Hilfskomitees nicht geführt werden, so muß es doch verwundern, daß die nationalsozialistische Propaganda beispielsweise behauptet, daß nach England allein fünfundsiebzigtausend Deutsche geflüchtet seien, während die englischen Einwanderungsbehörden kaum die Hälfte gezählt haben, und dabei waren selbstverständlich nicht nur Refugees, sondern auch Besucher, Geschäftleute, und — beispielsweise — die nationalsozialistischen Propaganda- und S. onage-Angestellten.

Man soll immer wieder derartige Zahlen zusammenstellen, um das Ausland an Hand der autoritärsten aller staatlichen Wissenschaften — gemeint ist die Statistik — nachzuweisen, mit welcher Unbedenklichkeit die Nationalsozialisten fälschen. Vergleicht man die Zahlen der Einwanderungsländer mit denen der Hilfskomitees und den Schätzungen offizieller Büros, so kann man nach vorfichtiger Schätzung von einhundertfünfundsiebzigtausend Menschen sprechen, die bis zum 31. Dezember Deutschland unter dem Druck des Hitler-Regimes verlassen haben.

Diese deutsche Emigration ist eine viel problematischere Affäre, als sie denen zum Bewußtsein gekommen ist, die sie veranlassen, erdulden und aufnehmen. Sowohl die nationalsozialistische Regierung, wie auch die Emigranten selber, und nicht zum wenigsten die Bevölkerungen, in denen sich die Emigration jetzt assimilieren sollen, waren und sind dem Problem dieser Emigration geistig und materiell gemacht. Versuchen wir deshalb einmal einige Grundsätze aufzustellen, die geeignet sein können, das immer schwieriger und schließlich recht kompliziert werdende Thema der deutschen Emigration auf eine einfache Grundlage zu stellen. Es ist dazu notwendig, daß auch einmal einige Tatsachen ausgesprochen werden, die man bisher ängstlich verschwiegen hat, obgleich alle sie kannten. Der tote Painleve hatte schon einige Monate vor seinem Ende auf die Notwendigkeit einer sauberen Emigrationspolitik hingewiesen.

Der harmlose Einwand, daß die russische und italienische Emigration sich ohne Schwierigkeiten eingeleitet habe, obwohl sie zahlenmäßig noch umfangreicher war als die deutsche, ist schon aus dem Gesichtswinkel wirtschaftlicher Probleme unhaltbar. Denn diese Emigrationswellen trafen die Wirtschaft in Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur; es war weder der Arbeitsmarkt überfüllt, noch die nationale Psychose der Autarkien ausgebrochen. Man konnte sowohl Arbeit annehmen, als auch Geschäfte gründen; es gab noch Kapital, das investiert sein wollte; es gab noch wirtschaftliche Unternehmungslust, und überall betätigte sich eine gewisse sentimentalische Haltung gegenüber den Vertriebenen, mit der mancher deutsche Emigrant vergeblich zu rechnen versucht hat. Und letzten Endes sind Rußland und Italien im Kriege Verbündete der Gastvölker gewesen, und die Deutschen, obwohl sie Refugees sind, bleiben doch für die Gastvölker die Angehörigen jenes Volkes, über das eben zivilisierte Nationen wieder den Stab brechen.

Um es klar zu sagen: die Deutschen kommen in Länder, die wirtschaftliche und politische Sorgen haben. Kein Land Europas ist ohne schwere Krise. Die Aufnahme der deutschen Emigranten bedeutet neben der Konkurrenz und der früher oder später auftretenden wirtschaftlichen Belastung auch ein etwas peinliches politisches Defizit bei Freundschaftsverhandlungen mit dem

neuen Deutschland. Außerdem verstärken die Emigranten — glauben manche Regierungen mit besonderer Sorge — das „unruhige“, das politisch „zerlegende“ Element. Zu diesen Effektivsorgen der Länder kommen noch die psychologischen, die nicht minder schwer wiegen: am Beispiel der Diktaturen lernen die demokratischen Regierungen, daß nicht der geringste Teil der Regierungskunst die Propaganda ist. Wenn man für Zigaretten Reklame macht — weiß nämlich erwiesenermaßen nicht Qualität allein genügend wirkt —, so muß man eben auch für Regierungsmethoden Propaganda machen. Ein einleuchtender Gedanke!

Wie macht man Propaganda? Man versucht, den Völkern einzureden, daß das, was man ihnen serviert, nützlich sei. Die demokratischen Regierer wissen z. B., daß sie als „treubesorgte Landesväter“ gelten, wenn sie populäre Empfindungen der Bevölkerung berücksichtigen. Früher oder später werden sie also genötigt sein, einzufallulieren, daß manche Menschen die deutschen Emigranten als böse Konkurrenten im Kampf um das tägliche Brot ansehen. Frankreich hat bereits seit langer Zeit eingeführt, daß bei jedem Visum, das einem Deutschen erteilt wird, hinzugefügt werden muß, daß der Inhaber dieses Visums in Frankreich keine Arbeit annehmen darf. Ich halte das für eine rein propagandistische Regierungsmaßnahme. Denn die zwanzigtausend Deutschen, die in Frankreich Arbeit annehmen würden, bedeuten praktisch keine Belastung. Zumal die vermögenden Flüchtlinge mindestens die gleiche Anzahl neuer Verdienstmöglichkeiten schaffen.

Man muß also diese Arbeitsverweigerung als eine rein propagandistische Keuherung ansehen. Ein im alten wie im neuen französischen Kabinett amtierender französischer Politiker wies mit viel Wärme darauf hin, daß es kaum führende Persönlichkeiten in der augenblicklichen französischen Politik gebe, die die ökonomischen Räte der deutschen Emigration nicht mit tiefem Mißgefühl verfolgen. Für empfindende Menschen gibt es in wirtschaftlichen Fragen keine nationalstaatlichen Antarkiebegriffe. Aber — so fügte der Gewährsmann hinzu — wir dürfen uns in unseren Funktionen keine privaten Temperamente erlauben, sondern wir

sind Interessensvertreter eines Volkes, das wir lieben, und dem wir verantwortlich sind und sein wollen.

Für diese „Interessensvertreter“, die Mitglieder der Regierungen, insbesondere Frankreichs, Englands, Hollands, der Tschechoslowakei und Belgiens, kann es daher in absehbarer Zeit — selbst wenn sie es privat noch so gern wollten — gar keine Möglichkeit geben, den deutschen Emigranten wirtschaftliche oder politische Chancen zu geben. Alle derartigen Hoffnungen sind unberechtigt. Darüber muß man sich klar sein. Wir stehen vor der Tatsache, daß — obgleich alle zivilisierten Menschen, wenn nicht das Hitler-Regime selber, dann doch seine Methoden, verabscheuen und verurteilen — sie doch zu praktischer Hilfe nicht fähig sind.

Eine Möglichkeit offizieller Initiative bleibt noch offen: die europäischen Ministerien haben den einzig möglichen Ausweg gefunden, die dem einzelnen Ministerium die Verantwortung gegenüber der eigenen wirtschaftlichen Volkswirtschaft, und zugleich gegenüber dem deutschen Kriegswillen nimmt: sie haben sich zu einer gemeinsamen Aktion im Rahmen des Völkerbundes zusammengefunden. Es muß sich immer noch herausstellen, welche Ergebnisse dieses Unternehmers haben wird. Nach unseren Informationen wird bestenfalls damit zu rechnen sein, daß Siedlungsflächen und Darlehen vergeben werden.

Die Tatsache, daß die deutschen Emigranten nicht mit der staatlichen Unterstützung der Gastvölker rechnen können, darf auch nicht zu der Annahme führen, daß wir ein moralisches Recht auf eine Hilfe dieser demokratischen Regierungen haben. Wir wurden entweder um unserer Gefinnung willen vertrieben, und dann müssen wir eben die Bitterkeit eines verlorenen Kampfes ertragen (ebenso, wie wir auch den Sieg ertragen hätten, ohne damit moralische Verpflichtungen der Menschlichkeit zu übernehmen). Oder aber wir wurden, weil wir Juden sind, um Heimat, Gesundheit und Existenz gebracht — dann liegt das moralische Recht und die moralische Pflicht zur Hilfe der Juden, um deren Gemeinschaft willen wir verfolgt wurden.

Wir haben kein Recht, von den westeuropäischen Regierungen eine neue Existenz zu fordern, und kein Recht, das Asyl zu attackieren. Wenn das ausgesprochen und anerkannt ist, hat allerdings auch keine Regierung das moralische Recht mehr, uns auszuweisen oder uns als minderwertige Mitglieder der Gemeinschaft zu betrachten, wenn wir weder das Leben des Staates noch seiner Staatsbürger beeinträchtigen.

Eine Internationale, die einzelnen helfen könnte oder wollte, gibt es nur in der Rüstungsindustrie. Verlassen wir uns also auf uns selbst. Das muß ausgesprochen werden.

## „Dreimal Tod und Galgen“.. Neue Morddrohung gegen Max Braun

Saarbrücken, 13. April 1934.

Im Saargebiet erscheint im „Saardeutschen Jugendverlag Neunkirchen-Saar“, gedruckt von der Firma C. A. Ohle G. m. b. H. Neunkirchen, eine Zeitung für die saarländische Jugend des „dritten Reiches“, betitelt „Das kommende Reich“, Kampfschrift der Hitlerjugend des Saargebietes.

In der Nummer 10 dieser Kampfschrift der Hitlerjugend vom 11. März 1934 befindet sich unter der Überschrift „Der Sündenmache“ folgende neue Morddrohung gegen Max Braun, die auf die Verbeugung und Mordanstiftung dieser zügellosen Hitlerjugend berechnet ist:

„In der großen Stadt Saarbrücken lebt zur Zeit ein böser Mann, von dem wirklich der Chronist gar nichts Gutes sagen kann.

„Traurig berg' ich in den Falten meiner Toga das Gesicht. Wehe, wehe Sündenmache, wie entrinnt Du dem Gericht?

Wie willst Du auf Rettung hoffen? Wo Dein Tun zum Himmel stinkt,

Wo Dir schonig in der Ferne drohend Tod und Galgen winkt.

Achtmal hunderttausend Deutsche hast Du schändlich über Nacht, ohne daß sie etwas wußten, zu was anderem gemacht.

Die als Deutsche schlafen gingen, wurden als Franzosen wach. Rag, Du großer Schwindelmeier, sag, wie hast Du das gemacht?“

In diesem Tone geht es eine ganze Weile in Zeitdruck weiter, mit einer Reihe toller Beschimpfungen, wie sie sämtlich unter die Verordnungen der Regierungskommission fallen. Wenn das ein antinationalsozialistisches Blatt des Saargebietes gewesen wäre, hätte sich gleich ein Staatsanwalt gefunden, der eingegriffen hätte, aber da es sich um die sauberen Früchte des „dritten Reiches“ handelt, ist natürlich gegen diese Anstiftung der Jugend zur Gewalttat nichts unternommen worden, obgleich gerade die Form, in der diese Drohungen ausgesprochen werden, auf das Gemüt der leichtereggbaren Jugend besonders wirksam ist.

## Die Märtyrer von Tolpuddle Ein Urteil vor 100 Jahren im Kampf um Koalitionsfreiheit

Vor hundert Jahren wurden sechs Landarbeiter aus Tolpuddle in Dorsetshire in England zu sieben Jahren Deportation verurteilt. Sie wurden beschuldigt, ungesetzliche Eide abgenommen zu haben. Ihr wahres Verbrechen bestand darin, daß sie eine örtliche Landarbeitergewerkschaft gegründet hatten. Die Landarbeiter von Dorsetshire erhielten an dieser Zeit sieben Schilling Wochenlohn, während in den benachbarten Bezirken zehn Schilling gezahlt wurden. Man hatte ihnen eine Lohnerhöhung versprochen. Als sie ausblieb, beschloßen sie, sich selbst zu helfen und eine Gewerkschaft zu gründen. Diese Gründung war gesehlich zulässig. Die Männer, die die Gewerkschaft ins Leben riefen, waren nicht weniger als revolutionär. Sie waren, wie die konservative englische Presse heute anerkennt, Männer von gutem Charakter. Drei von ihnen waren Laienprediger der Methodistenkirche. Ihr Führer, George Loveless, verteidigte sich vor Gericht: „Wir haben keinen Menschen an Ruf, Charakter, Persönlichkeit oder Eigentum geschädigt.“ Dennoch ließ das draconische Urteil — angeblich zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der — Freiheit!

Es war ein Terrorurteil, geboren aus der Furcht vor der in Bewegung geratenen Arbeiterschaft und aus dem bösen Gewissen der Landeigentümer und der besitzenden Schichten.

Die Erinnerung an die große französische Revolution schreckte alle Reaktionäre.

Aus den Massen erhob sich die Forderung nach gleichen politischen Rechten, die revolutionäre Stimmung von 1830, die Wahlen nach dem ersten Reformakt, waren eben erst vorüber. Die Landarbeiter von Dorsetshire gründeten ihre Gewerkschaft im Namen der Freiheit, und wohlmeinende Männer standen ihnen bei. Es war eine kleine Lokalgewerkschaft, diese „Tolpuddle Grand Lodge of the Agricultural Labourers' Friendly Society“ (Großloge der freundschaftlichen Landarbeitergesellschaft von Tolpuddle). Dennoch erweckte sie die Furcht und den Haß der Reaktion.

Ein Landeigentümer, James Frampton, einer der Führer des Widerstands gegen die Lohnforderungen der Land-

arbeiter, einer der Betrüger, die Lohnerhöhung versprochen und nicht gehalten haben, wandte sich an die Regierung um Hilfe gegen die Arbeiter. Der Innenminister Lord Melbourne lieferte die Anweisung, wie gegen die Gewerkschaft gerichtlich vorgegangen werden könnte. George Loveless und fünf seiner Freunde wurden verhaftet, prozessiert und verurteilt.

Die Begründung des Urteils durch den Richter spiegelte den Haß des Bürgertums und des Kleinbürgertums gegen die beginnende Arbeiterbewegung wider, sie war zugleich ein Musterbeispiel für die Verlogenheit der Ideologie, die dieser Haß sich geschaffen hatte. Die Arbeiter wurden verurteilt im Namen der Freiheit!

„Die unglücklichen Leute“ — so sagte der Richter in diesem Prozeß — „die solchen Vereinigungen angehören, werden in ihrer moralischen Wirksamkeit erniedrigt und einem Grad der Tyrannei unterworfen, den ein anderer Mensch sich kaum vorstellen kann. Sie sind gezwungen, aus ihrem geringen Einkommen so große Beiträge zu leisten, wie keine andere Menschenklasse sie der gefüglichen Obrigkeit zu leisten hat, und vor allem wird ihnen das jedermann verbürgte Recht und die Freiheit genommen, zu arbeiten nach ihrem eigenen Gutdünken und für wen sie wollen.“

Die Freiheit, wie Unternehmer und Bürger sie auffassen, und die Freiheit, wie die Arbeiter sie verstehen, stehen in diesem Prozeß aneinander!

Heute nach hundert Jahren wird gegen die deutschen Arbeiter ein einziger großer Prozeß von Tolpuddle geführt.

Ihre Gewerkschaften sind zerlegt worden. Die Regierung hält jede selbständige Bewegung der Arbeiterschaft nieder. Jedes Streben nach Lohnerhöhung, nach Koalitionsfreiheit gilt als Verbrechen. Es wird bestraft mit Deportation ins Konzentrationslager. Die deutschen Arbeiter sind zurückgeworfen worden auf die Stellung der englischen Landarbeiter vom Jahre 1834 — ja, noch weiter zurück! Denn damals war die Bildung von Arbeiterunions schon gesehlich zulässig, während sie heute in Deutschland verboten ist!

Das böse Gewissen der Bürger und der Haß der Kleinbürger von heute sind ebenso die Ursache des Terrors gegen die Arbeiterbewegung wie damals. Die Urteilsbegründung von 1834 ist der Vorläufer der nationalsozialistischen Anschauungen über die selbständige Gewerkschaftsbewegung. Wie diese Urteilsbegründung von dem moralischen Terror und der Tyrannei der Gewerkschaften sprach, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und die Gesellschaft darstellen, so heißt es in „Mein Kampf“ von Hitler:

„Unverschämte geistige Terrorisierung, empörende Mißhandlung menschlicher Freiheit... Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing die „freie Gewerkschaft“ über dem politischen Horizont und dem Dasein des einzelnen. Sie war eines der fürchterlichsten Terrorinstrumente gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der Person.“ („Mein Kampf“, Bd. 1, S. 53.)

Man sieht: Adolf Hitler führt genau dieselbe Sprache wie der englische Richter vor 100 Jahren!

Die reaktionäre Gesinnung des Bürgertums, die verlogene Ideologie und die grauenhafte Dummheit des Kleinbürgertums aus den Anfängen der industriellen Revolution herrschen heute in Deutschland. Alle ausdeuterischen Instinkte sind befreit und geschäht, jede Selbstwehr der Arbeiterschaft wird unterdrückt. Das in seinen Grundfesten erschütterte bürgerliche System erinnert sich an die Anschauungen und an die Brutalität seiner Jugendtage.

Die deutschen Arbeiter müssen von vorne anfangen. Alles, was die Arbeiterbewegung seit hundert Jahren errungen hat, ist ihr verloren gegangen — aber nicht die Erinnerungen an hundert Jahre Kampf, nicht die Erinnerung an das, was sie befehen haben! Sie müssen von neuem beginnen mit dem Kampf um elementarste Rechte — aber heute wird dieser Kampf unmittelbar zum bewußten politischen Kampf gegen das bürgerliche System, gegen die Ausbeuter, die Regierung und die Richter in einem.

Die Verurteilten von Tolpuddle waren erste Märtyrer des Klassenkampfes. Seitdem sind ihnen unzählige Opfer nachgefolgt. Der Kampf der Arbeiter in Deutschland wird ebenfalls Opfer fordern — aber trotz alledem sind wir heute dem Ziele um hundert Jahre näher!

Max Ringer.

## Hitlers Blockade gegen die Weltwirtschaft

Von Jan Severin

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands strebt jetzt immer schneller einem Zustande zu, der eine fatale Ähnlichkeit mit der Zwangswirtschaft im Weltkriege aufweist. Man gleitet in diesen Zustand hinein und glaubt, daß es sich um einen deutschen Entschluß handelt, die Weltwirtschaft zu blockieren. Man will das Ausland durch Sperrung der deutschen Rohstoffzufuhr dazu zwingen, auf seine Forderungen zu verzichten, neue große Kredite zu geben und überdies seine Grenzen den deutschen Waren weit zu öffnen. Man wird im besten Falle das erste dieser drei Ziele erreichen und das wäre nicht einmal eine Ueberraschung, denn das Ausland hat seine deutschen Forderungen in der Hauptsache bereits längst abgeschrien. Aussichtslos aber bleibt es, neue Kredite zu erhalten und die Welt zur erhöhten Aufnahme deutscher Waren zu zwingen. Die Drohung, die man ausgestoßen hat, indem man zunächst bis zum 5. Mai die ganze Baumwoll- und Kupferzufuhr verbietet, dürfte schon deswegen nicht verfangen, weil man in der Welt genau weiß, daß Deutschland heute längst nicht mehr in der Lage ist, eine normale Rohstoffzufuhr oder gar die für Rüstungszwecke enorm übersteigerten Importe des ersten Hitlerjahres fortzusetzen. Der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank reicht heute bei weitem nicht mehr aus, um auch nur die Rohstoffzufuhr für einen einzigen Monat zu finanzieren. Ohne fremde Rohstoffe gibt es aber keine Fortsetzung des Rüstungsprogrammes, keine „Arbeitsbeschaffung“ und damit auch keine Möglichkeit einer Vermeidung offener sozialer Konflikte.

Nachdem man annähernd eine Milliarde an Gold und Devisen verwirrt hat, steht man vor dem Nichts, aber man glaubt, sich selbst, das Ausland und die eigene Bevölkerung über diese einfache Tatsache hinwegtäuschen zu können, indem man eine drohende Geste einnimmt und der Welt verkündet, man werde sie blockieren, wenn sie sich nicht beeilt, die deutschen Wünsche zu erfüllen.

Nach der Darstellung der deutschen Blätter sieht die Sache ganz einfach aus: Die Welt erstickt in Waren und besonders in Rohstoffen. Sie steht vor der Wahl, ob sie diese auf Kredit an Deutschland liefern will, oder ob sie es vorzieht, die Rohstoffe weiter zu verbrennen oder ins Meer zu werfen. Man ist seiner Sache sehr sicher, denn die Weltwirtschaft könne es, wie man verkündet, nicht riskieren, einen so wertvollen Rohstoffknoten zu verlieren. Die ganze Oberflächlichkeit dieser nur auf Täuschung des Inlandes abgestellten Argumentation geht bereits daraus hervor, daß man immer nur von dem Ueberfluß der Welt an Rohstoffen — der außerdem seit längerer Zeit abnimmt — spricht, nicht aber von dem viel größeren Ueberfluß an Industriefabrikaten, die Deutschland zur Abdeckung seiner Rohstoffkredite der Welt liefern will. Dieser Ueberfluß ist nämlich sehr viel wichtiger, weil er in engem Zusammenhange mit der internationalen Arbeitslosigkeit steht.

Gewiß möchte jeder heute gerne Rohstoffe liefern, aber niemand ist bereit, die aus diesen hergestellten deutschen Fabrikate zu beziehen, weil man hierdurch im Auslande nur die eigenen Arbeiter erwerbslos machen würde.

Jeder wirtschaftlich Denkende erkennt diesen Widerspruch auf den ersten Blick. Herr Schacht und Herr Schmitt erkennen ihn natürlich auch, aber für sie handelt es sich heute vor allem darum, es dem Inlande begreiflich zu machen, daß man nach den glänzenden Erfolgen der vielgerühmten „Binnenkonjunktur“ und der Autarkie-Propheten glücklich so weit gekommen ist, daß man keine Baumwolle und kein Kupfer mehr aus dem Auslande bekommen kann. Die deutsche Bevölkerung soll sich also darauf einstellen, daß man mit vollen Segeln auf das unbekannte Meer einer neuen Zwangswirtschaft hinaussteuert, daß man Kleider- und Stiefelkartons verteilen wird, daß nur etwa die Hälfte des normalen Bedarfs an Eiern, Margarine, Seife und zahllosen anderen Artikeln zur Verfügung stehen wird. Man vertraut darauf, daß die deutsche Arbeiterklasse und der Mittelstand in einer in der früheren Kriegswirtschaft so reichlich bewährten Geduld, den Hungerriemen von Woche zu Woche noch um ein Loch enger schnallen werden. Die hierdurch erbitterte Stimmung wird sich eines Tages zwar entladen. Gewiß.

Aber man wird dafür sorgen, daß diese Erbitterung sich gegen das Ausland richtet, das ja das deutsche Volk aushungern will, gegen die Juden, die durch ihren Boykott den deutschen Export zertrümmert haben, kurz, gegen alle diejenigen, die man auf neue der „loehenden Volksseele“ als geeigneten Gozenstand anpreist. Auf diesem Gebiet hat man ja genug Erfahrungen und der Beginn der neuen Terror-Welle zeigt sich denn auch von Tag zu Tag deutlicher.

Was bedeutet nun aber die neue Rohstoffwirtschaft, die man jetzt in Deutschland einführt, in Wirklichkeit? Die deutsche Schwerindustrie, deren gesamter Rohstoffverbrauch heute jährlich 1,5 Milliarden Mark beträgt, bezieht hiervon mindestens 60 Prozent aus dem Auslande. Der Einfuhranteil des 2,25 Milliarden ausmachenden Rohstoffverbrauches der Textilindustrie ist sogar 95 Prozent, derjenige der Lederindustrie 60 Prozent. In der Nahrungs- und Genussmittel-Branche ist der Einfuhranteil allerdings mit 35 Prozent geringer, aber man muß bedenken, daß es sich grade hier um den riesenhaften Rohstoffverbrauch von nicht weniger als 11 Milliarden im Jahre handelt, um zu verstehen, wie es trotz der deutschen Getreide- und Kartoffel-Autarkie sehr bald um die Ernährung der deutschen Bevölkerung aussen wird, wenn man nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen. Der verhältnismäßig geringe Teil des Rohstoffbedarfes, der im Inlande gedeckt werden kann — der Ausbau der deutschen Kupfer- und Bleihütten, die kostspielige und unnützliche Forcierung der Schiffsahrt usw. entspringen sich jetzt bereits deutlich als Vorarbeiten für den Eintritt des neuen Zustandes — wird natürlich in erster Linie für den Rüstungsbedarf reserviert werden.

Deutschland blockiert die Welt — die Mägen der Arbeiter und des Mittelstandes, die Hausfrauen und die rapide wachsende Zahl der Arbeitslosen, denen auch das Gerede von der „Binnenkonjunktur“ kein Brot schaffen wird, dürften die ersten Erfolge dieses neuen Feldzuges sehr bald spüren.

Denn diese deutsche Binnenkonjunktur bricht jetzt auch dort zusammen, wo sie wirklich vorhanden war. Für den 1. Mai wurde beispielsweise eine gewaltige Hausse in der Textilindustrie erwartet, denn das große Geschäft mit dem „Festanzug des deutschen Arbeiters“ sollte jetzt in Gang kommen. Einige Unternehmer der Textilindustrie mögen sich rechtzeitig mit Rohbaumwolle eingedeckt haben, um gegen alle Zufälligkeiten gewappnet zu sein. Schon diese Vorversorgung, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres erfolgt sein dürfte und die Handelsbilanz für die beiden ersten Monate 1934 schwer belastete, mag Herrn Schacht ein Grinsen vor dem bereiten haben, was in den nächsten Monaten kommen würde. Jetzt hat man drei Ueberwachungstellen für die Einfuhr von Wolle, Baumwolle und Bastfasern eingerichtet, indem man gleichzeitig alle neuen Käufe im Auslande verbot. Aber die Textilindustrie mit ihrem besonders hohen Anteil fremder Rohstoffe war nur die erste, die daran glauben mußte. Kupfer ist bereits gesperrt worden, die Verbote für den Einkauf von Rohstoffen der Schwerindustrie, der Nahrungsbranchen, der Lederindustrie usw. werden sehr bald folgen. Schacht ist zunächst einmal wieder Herr der Lage geworden und seine Gegner in der Großindustrie, die mit jedem Kilo Rohmaterial, das sie einführen wollen, damit aber in ihrem ganzen Geschäftsbetrieb neuerdings von ihm und seinen jetzt wie die Pilze aus der Erde schießenden Zwangswirtschaftsstellen abhängig geworden sind, dürften recht bald merken, was es heißt, ihn zum Feinde zu haben. Die Reibungen, die hier entstehen müssen, werden zahllos sein und die Desorganisation, die Cliques- und Intrigenwirtschaft werden auch die geringen Ansätze einer wirklichen Besserung, die hier und da spürbar gewesen sein mögen, bald gründlich zerstören.

Mit künstlichen Mitteln ist es bisher unter Opferung fast des gesamten beträchtlichen Goldbestandes der Reichsbank gelungen, der deutschen Bevölkerung oder wenigstens den gutgläubigen Schichten und einem Teil des Auslandes, der glaubte, weil er glauben wollte, mit gefälschten Statistiken und lügnischen Berichten eine Scheinkonjunktur vorzutäuschen.

Auch diese Periode ist jetzt beendet. Nach der Erklärung von

Göbbels haben Nationalsozialisten immer recht. Die aller-nächsten Wochen werden beweisen, ob diese Behauptung stimmt und ob Roosevelt tatsächlich bereit ist, durch die Bewilligung der von Schacht erhofften Rohstoffkredite gegen Lieferung deutscher Waren nach Amerika die völlig unhaltbar gewordene Wirtschaftslage Hitler-Deutschlands, die unvermeidlich heraufkommen mußte, noch einmal zu stabilisieren. Es gibt hier Skeptiker, die das für möglich halten. Gute Kenner der amerikanischen Verhältnisse, die unter dem unmittelbaren Eindruck der Entwicklung der letzten Wochen in den USA. stehen, halten selbst die Diskussion einer solchen Möglichkeit für sinnlos und verweisen hierbei auf die Verlegung der Einkaufszentralen amerikanischer Warenhäuser aus Deutschland, die grade in den letzten Wochen erfolgte. Die Reihen Hitlers wanken und tatsächlich dürfte keiner weniger geeignet sein, sie wieder zu festiger, wie Herr Schacht, der von allen Seiten am meisten umstritten, dem man grade jetzt diese Aufgabe anvertraut hat. Gelingt es heute, wirksam nachzustoßen, so hat Hitler seine Massenbasis verloren. Das bedeutet noch nicht den endgültigen Zusammenbruch, aber den Beginn einer vielleicht langen Periode des Dahinsiedens und es bleibt dann in der Tat nur noch eine Frage der Zeit, bis die Stellung sturmreif sein wird.

## Internationaler Börsenindex

Im Weltbörsengeschäft trat in der ersten Woche nach dem Osterfest im allgemeinen eine freundlichere Grundstimmung in Erscheinung, die sich besonders an den Börsen von Newyork, Paris und Brüssel in teilweise namhaften Kurssteigerungen auszuwirken vermochte. An den übrigen europäischen Effektenmärkten traten dagegen in der letzten Woche mangels nennenswerter Unternehmungslust des Publikums nur geringfügige Kursveränderungen ein.

	3. S.	10. S.	17. S.	24. S.	31. S.	7. 4.
Berlin	31,8	32,2	32,2	31,8	31,8	31,6
London	79,9	82,5	79,9	80,4	80,4	80,4
Paris	57,9	56,4	55,0	54,9	54,3	56,0
Brüssel	28,1	28,1	26,9	26,4	25,9	27,1
Amsterdam	34,1	34,9	34,3	33,6	33,3	33,6
Stockholm	13,3	13,3	13,0	12,7	12,6	12,6
Zürich	43,7	42,8	42,3	41,3	41,7	41,5
Wien	33,4	32,6	32,6	31,9	31,9	32,2
Prag	62,2	60,1	59,7	59,5	59,0	58,9
Newyork	64,8	62,7	62,8	61,0	61,9	64,4
Durchsch.	44,9	44,6	43,9	43,4	43,3	43,8

Der aus den Aktienindexziffern von zehn großen Effektenmärkten errechnete internationale Börsenindex (Ende 1927 = 100 Prozent) ist in der letzten Woche erstmals nach einer den ganzen Monat März über beobachteten Abwärtsbewegung gestiegen, und zwar um etwas über 1 Prozent von 43,3 auf 43,8 Prozent.

## Kampf um Schacht

Einen scharfen Angriff auf Schacht unternimmt im „Bankarchiv“ ein hoher Beamter der Reichsbank, Dr. Einsiedel. Er äußert, vom Standpunkt der Liquidität der Reichsbank müsse die Benennung festverzinslicher Renten zur Notendeckung den stärksten Einwendungen begegnen. Wenn nötig, werde es ganz unmöglich sein, einen wesentlichen Teil der im Besitz der Reichsbank befindlichen Rentenpapiere zu realisieren und die Notenakkumulation einzudämmen. Es könne sich daraus ein großes Verlustrisiko ergeben. Die Reichsbank müßte sich dann wenigstens beschränken, Schatzscheine oder Steuergutscheine zu kaufen, die mit keinerlei Kursrisiko verbunden seien. Der Wechselbestand der Reichsbank sei außerdem durch eine große Zahl von Papieren aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgebläht, die zwar äußerlich die Wechselform haben, deren Einlösbarkeit aber von der zukünftigen Entwicklung des Kapital-

marktes abhängig sei. Wenn die Reichsbank noch weitere 1—2 Milliarden fest verzinsliche Werte übernehme, so werde sie ihr ganzes Portefeuille an echten Handelswechseln verlieren und vollkommen illiquid werden.

Nachdem so gut wie ausgeschlossen ist, daß Deutschland eine neue Anleihe in Amerika erhalten wird, sprechen jetzt schon zahlreiche Anzeichen dafür, daß auch die Umwandlung der Valutaschulden in Reichsmarkschulden von den ausländischen Gläubigern nicht zugestanden werden wird. Das war ja eigentlich vorauszusetzen, denn diese Operation war ja zu durchsichtig. Damit bekommen allerdings wieder die Gegner der Devaluation, die in diesem Falle ja eine Steigerung der Auslandsschuld bedeuten würde, natürlich wieder etwas das Uebergewicht, und im Zusammenhang damit die Pläne, die Exportankurbelung zunächst mit der Lohnreduktion zu versuchen.

## Gegen Einheitspreisgeschäfte in Polen

In Posen, der Hauptstadt der westpolnischen Landesteile, hat dieser Tage eine Protestkonferenz des Einzelhandels mit Kleingewerbetreibenden, Haushaltungsgegenständen, Glas und Porzellan stattgefunden. Eine ganze Reihe der Diskussionsredner wendete sich mit aller Schärfe gegen den Wettbewerb, dem sie seitens der amerikanischen Weltfirma Woolworth ausgesetzt seien, deren Preise von diesen Händlern als drückend empfunden werden.

Es wurde den Lieferanten ein regelrechter Boykott für den Fall angedroht, daß sie die Belieferung der Woolworth-Geschäfte nicht fortan einstellen sollten. Der bezügliche Estrop-Bericht verweist auf die idealen Zusammenhänge der westpolnischen Aktion mit den gleichgerichteten deutschen Regierungsaktionen im benachbarten Reichs-

gebiet und stellt fest, daß unter dem Druck der Posener und polnischen Detaillisten eine Glashütte die Belieferung der Woolworth-Geschäfte bereits eingestellt hat.

## Von 34 000 — kein freiwilliger Landhelfer

(Inpreß.) Der Direktor des Bremer Arbeitsamtes, Kohl, gibt bekannt, daß von den 34 000 Bremer Erwerbslosen sich niemand als Landhelfer oder Landarbeiter vermitteln lassen will. Die Stadt Bremen habe ein unausgeglichtes Kontingent von 1000 Stellen für Landhelfer, 300 für Landhelferinnen und außerdem noch 3000 freie Stellen im „Freiwilligen Arbeitsdienst“, für die sich keine Willigen finden lassen würden.

## Sparkasse in Köln

### Was man den Beamten zumutet

Man schreibt uns: Die Betriebsvertretung der Sparkasse der Stadt Köln gab Mitte März ein Rundschreiben für ihre Mitglieder heraus, das in vieler Hinsicht interessant ist. Es wird da z. B. darauf hingewiesen, daß den NSD.-Kameraden durch ihre Mitarbeit Gelegenheit gegeben werde, „durch ihr Verhalten in den Vertrieben ihr nationalsozialistisches Rollen unter Beweis zu stellen und dadurch die Voraussetzung zu schaffen, später in Würdigung der geleisteten Arbeit über die NSD. in die Partei aufgenommen zu werden“.

Man erfährt ferner, daß der Beitrag der NSD.-Mitglieder mit Einkommen unter 150 RM. monatlich 25 RM. beträgt, bei einem höheren Einkommen über 150 RM. aber 35 RM. Wenn dann weiter unten mitgeteilt wird, daß die Abgahlung für die von der Stadtverwaltung finanzierten Festanzüge — deren Bestellung zwar auch später erfolgen kann — aber immerhin 1—2 RM. mögen-

lich beträgt, wundert man sich kaum noch über die beschämende Feststellung, daß der Bezug der Fachzeitschrift „Der NS.-Bank- und Sparschaffensangestellte“ leider im Verhältnis zur Mitgliederzahl und Auflage sehr gering ist. Am schönsten und erhebensten ist aber der Abschnitt, in dem über dem „Hitlergruß als deutscher Gruß“ mahnend gesprochen wird. Es lautet:

„Besonders sind die Beamten, Büroangestellten und Arbeiter gehalten, sich inner- und außerhalb des Dienstes des Hitlergrüßes zu bedienen. Sie sollten es sich als besondere Ehre anrechnen, dazu anzuregen zu sein, den Hitlergruß als deutschen Gruß einzuführen. Wenn gefragt ist: „Die Beamten grüßen durch Erheben des rechten Armes“, so ist hierbei nur an den deutschen Gruß gedacht. Es ist nicht anständig, mit erhobener Rechten „Guten Morgen“ oder „Guten Tag“ zu sagen oder dazu vielleicht noch eine tiefe Verbeugung zu machen. Die nationalsozialistische Regierung will keine Robbendei, sie will die deutschen Menschen zu geraden und offenen Volksgenossen erziehen, wenn sie es noch nicht sein sollten. Eine Verbeugung mit erhobenerm Arm ist einfach unmöglich und wirkt sogar lächerlich.“

Sorgen haben die Leute! 2. 4.

# Die bildende Kunst im „dritten Reich“

## Verfall oder Aufstieg?

Am Rande der politischen Ereignisse spielt sich im „dritten Reich“ ein heftiger Kunststreit ab. Der alte Nolde, der aus germanischer Kraft schöpfende Farbenschwelger, Barlach, der Plastiker und Gestalter, der mit der Erde dumpf verbundenen Menschen — sie werden vom Richtschwertswinger Alfred Rosenberg scharf abgelehnt. Er findet jedoch Widersacher. Schon ist eine revolutionäre Jugend da, die die Plebejer und Gesinnungsriecher in der Kunst bekämpft. Die älteren Kunstkritiker sind bei aller Gleichschaltung entsetzt über den Hang zur Verkitschung, der Nichtkünstler zu Künstlern erhebt. Dazwischen private Gegensätze zwischen Rosenberg und Göbbels . . .

Die „Basler Nationalzeitung“ gibt eine Übersichtsüber die „Auseinanderetzungen“ mit allgemeiner interessierenden Streiflichtern. Wir entnehmen ihr:

Jeden kunstreaktionäre Strömungen unter nationalsozialistischer Flagge, die nach dem Umsturz eine ernste Gefahr zu werden drohen und in arrangierten „Schreckenskammern“, „Säuberungsaktionen“ in Museen usw. ihren sichtbaren Ausdruck fanden, hatte sich schon im vorigen Sommer eine heftige, zielbewußte Opposition gebildet. Die Kundgebung der nationalsozialistischen Berliner Studentenschaft gegen die „wilhelminische Reaktion“ war das erste weithin sichtbare Zeichen und eindrucksvoll genug, um noch heute vom „Völkischen Beobachter“ mit der Verachtung des in seinem Siegesgefühl schwer irritierten Gegners erwähnt zu werden.

Die kunstpolitische Opposition sieht in Göbbels ihren eigentlichen Führer. Sie findet jedenfalls im Reichspropagandaministerium, dem auch Weidemann angehört, die Macht, auf die sie sich stützen kann. Ihren gefährlichen Gegner hat sie in Alfred Rosenberg, der den „revolutionären Kulturwillen der nationalsozialistischen Jugend“ sich nicht anders erklären kann als ein von der „noch jüdisch gebliebenen“ Presse angeheiztes Strohfeuer. Im „Völkischen Beobachter“ läßt Rosenberg fast täglich den „nationalsozialistisch getarnten Kunstbolschewismus“ bekämpfen. Ja, der „Völkische Beobachter“ wagt einen schlecht genug verhüllten Angriff auf Göbbels selbst, indem er gegen einen Artikel in der „Kunst- und Antiquitätenrundschau“ polemisiert, wo Göbbels als der Führer der jungen deutschen (expressionistischen und nachexpressionistischen) Künstlergeneration gefeiert wird — Äußerungen, deren Beurteilung der „Völkische Beobachter“ vorsichtigerweise „den Lesern anheimstellt“.

### Hitler als Kirchenvater der Aesthetik

Hitler selbst hat seit seiner Nürnberger „Kulturred“ im September zu den kunstpolitischen Fragen öffentlich nicht mehr Stellung genommen. Nach wie vor berufen sich Reaktion und Opposition in ihrer Polemik gegeneinander gleichermaßen auf diese Rede — wie die Scholastiker in ihren Disputationen auf die Kirchenväter. In der Tat hatte Hitlers „Kulturred“ den Exegeten seines Kunstwillens keine Arbeit erspart: ihre positive Bedeutung lag in ihrer Vieldeutigkeit. Zwar sagte Hitler, „daß unter keinen Umständen die Repräsentanten des Verfalles, der hinter uns liegt, plötzlich die Fahnenträger der Zukunft sein dürfen“. Wer aber sind die „Repräsentanten des Verfalles“? Von der Uneinigkeit über diese Frage lebt heute in Deutschland der „Kampf um die Kunst“. Für Alfred Rosenberg ist der sonst fast unbestrittene größte Bildhauer der Gegenwart der Repräsentant des Verfalles kalt exogen. Mit Anspielung auf das Magdeburger Gefallenenmal, dessen Gestalten für Rosenberg nichts sind als „halbidiotisch dreinschauende Mixtvariationen undefinierbarer Menschensorten mit Sowjethelmen“, schrieb unlängst der „Völkische Beobachter“ von Barlach, er habe „die Greueltaten unserer Feinde gegen das deutsche Heer des Weltkrieges und gegen das deutsche Volk mit unterstützt“. (Nur mit Kopfschütteln wird man im Auslande und bei den ehemaligen Feinden Deutschlands diese Anklage gegen Barlach zur Kenntnis nehmen.) Für die Opposition sind weder Barlach noch Nolde, weder Feininger noch Klee, weder Heckel noch Dix „Kunstbolschewisten“. Diese Künstler werden vielmehr als die hundertprozentig deutschen und nordischen Künstler gefeiert. So bleibt als der einzige gemeinsame Prügelknabe der nationalsozialistischen Kunstwarte nur noch der — Impressionismus, der das Unglück hat, in Max Liebermann seinen überragenden und dazu im besten Sinne deutschen Repräsentanten zu haben und ausgerechnet aus Frankreich gekommen zu sein.

### „Führerprinzip“

Vermeidet es Hitler auch, mit Worten in dem Kunststreit Partei zu nehmen, so greift er doch mit Taten um so entscheidender ein. Zum Baumeister des „dritten Reiches“ berief er den Münchener Innenarchitekten Troost, nach dessen Plänen demnächst das Werk Klenzes „vollendet“ werden soll. Auf Hitlers Befehl (und der Wunsch des Führers ist den Geführten Befehl) kommen an repräsentativster Stelle, im Kronprinzenpalais, Künstler zu Ehren, die ihre augenblicklichen Scheinerfolge einzig und allein der Gunst des Führers (oder ihren diese erwerbenden Freunden) zu verdanken haben — trotz des von Hitler verkündeten „Leistungsprinzips“! In wesentlichen Kunstfragen behält sich Hitler die eigene Entscheidung vor, auf eine Beratung berufener Fachleute verzichtend. Dabei scheint die von Rosenberg und Schulze-Naumburg vertretene, auf der Diktation eines „rassisch bedingten nordisch-germanischen Schönheitsideals“ beruhende Kunstanschauung Hitlers persönlichem Geschmack mehr zu entsprechen als die Kunst der Barlach, Nolde, Feininger. Es wäre unbillig, von einem vom Vertrauen des Volkes getragenen Politiker auch ein sicheres Urteil über künstlerische Qualitäten zu verlangen. Hier aber liegt die Gefahr des „Führerprinzips“ für die künstlerische Entwicklung eines Volkes: daß der politische Wille sich Dingen bemächtigt, die aus menschlichen Tiefen kommen, in die auch der gewaltigste Arm des allmächtigsten Staates noch nie hinabreichte und nie hinabreichen wird.

### Düsseldorfer Historie

Die kunstpolitische Opposition in Deutschland hat zur Zeit sehr schlechte Aussichten. Darüber dürfen in Berlin oder sonst im Reiche veranstaltete Ausstellungen moderner Kunst und Zeitschriftenaufsätze nicht täuschen. Es ist vor allem dem Kunsthandel zu danken, wenn Ausstellungen moderner Kunst noch häufiger sind. Wie schwer es aber auch dem Kunsthandel (vom schlechten Geschäft abgesehen) gemacht wird, zeigt ein Vorfall in Düsseldorf. Dort hatte die Kunsthandlung Alex Vömel Bilder von Karl Hofer ausgestellt. Der neu zum Professor der Düsseldorfer Akademie berufene Maler und Pg. Franz Radziwill — ein Talent, das sich nicht beklagen kann, in den berüchtigten „vierzehn Jahren“ von „kunstbolschewistischen“ Museumsleitern übersehen worden zu sein — drohte der Kunsthandlung, weil sie „bolschewistische“ Kunst ausgestellt habe, so daß die Ausstellung geschlossen werden mußte. Damals noch — es war vor einigen Wochen — gab das befragte Propagandaministerium eine Erklärung ab, die das Vorgehen Radziwills verurteilte und der Kunsthandlung ausdrücklich das Recht zugestand, ihre Ausstellungsthemen frei zu wählen. Heute, nachdem Rosenberg stärkeren Einfluß und die Hegekampagne des „Völkischen Beobachters“ gegen Barlach und andere moderne Künstler mit neuer Wucht eingesetzt hat, ist es dem Reichspropagandaministerium offenbar nicht mehr möglich, die moderne Kunst und die Opposition zu schützen. Der von Professor Sandkuhl geleiteten Arbeitsgemeinschaft der Juristen in Berlin, die jetzt eine Barlach-Ausstellung zeigt, wurde von der Reichskammer der bildenden Künste die Veranstaltung von Ausstellungen verboten. Diesmal ist es kein Akademieprofessor, sondern der Präsident der Münchener Kunstakademie, der Architekt German Bestelmeyer, dem das Verdienst zukommt, dieses Verbot provoziert zu haben.

Die Vorgänge auf dem Gebiet der Kunstpolitik haben gewisse Aehnlichkeiten mit denen in der protestantischen Kirche. Wie dort wird die Opposition durch Verbote zeitweise niedergehalten, aber doch nicht völlig stumm gemacht werden können. Die moderne Kunst wird in Deutschland nicht unter dem Richterschwert Alfred Rosenbergs sterben. Gute Kunst hat noch immer schlechte Kunstkritiker überdauert. Aber die besten deutschen Talente werden zunächst ein schweres Leben haben, bis das nationalsozialistische Deutschland durch eigene Erfahrung gelernt haben wird, was es das Beispiel anderer Diktaturen schon heute lehren könnte: selbst in einem Staate beschränktester Staatsbürgerrechte bedarf die Kunst wie alle geistige Kultur der Freiheit, wenn sie wachsen soll . . .

# Uebermensch - Untermensch?

Von Walter Kell (Paris)

Wirklich, ich möchte auch Herrn Hitler mal als Leiche sehen. Verstehen wir uns recht: Dies soll kein unfrommer Wunsch sein, keine eitle Hoffnung auf ein baldiges Ableben des geliebten Führers. Nein, es ist nur die Erinnerung an den toten Lenin, an dessen Mumie im Moskauer Mausoleum ich einmal, im Zuge einer tausendköpfigen Menge, vorbeigepilgert bin, die mich zu solch sündhaftem Gedanken verleitet: Wie mag wohl Herr Hitler so als Leiche ausschaun? Mit geschlossenen Augen. Mit geschlossenem Munde. Es ist kaum auszuendenken.

Sarg an Sarg, in der bluff-reinen Stille einer Totengruft, so und nur so müßte man sie einmal betrachten, die beiden Führer, Lenin, — und den anderen. Da würde ein Vergleich! Nein, es würde eine Vernichtung. Ich glaube, wenn Tote sich schämen könnten, neben dem Leichnam Lenins würden sich die irdischen Reste des Herrn Hitler zu Staub verkümmeln.

Lenin war vielleicht kein Ideal, und sicher kein Heiliger. Man kann ihm, in manchen Dingen, die Gefolgschaft versagen. Nicht versagen kann man ihm die bewundernde Achtung, die jedem großen Führer, jedem genialen Schöpfer gebührt. Dieser Bildner des „Untermenschentums“ war im wahrsten Sinne des Wortes ein Uebermensch. Er war gewiß kein „Norde“ und wie viele Giganten des Geistes, unansehnlich von Gestalt. Aber seine Totenmaske kann man nicht beschämen. Sie zeugt unwiderlegbar von der Größe des Mannes.

Herr Hitler, — nun, er redet, er gestikuliert dieweil noch unter den Lebenden. (Für die man wirklich manchmal beten sollte!) Streiten wir ihm seine drei wirklich anerkanntswerten Eigenschaften nicht ab: Frechheit, Zähigkeit, Bauernschläue. Daß das, — und sonst nichts — genügt, um ein Kulturvolk von 65 Millionen in den Bann gläubigen Staunens zu zwingen, das werden die Geschichtslehrer späterer Zeiten einmal vergeblich, am Sarge des Herrn Hitler, ihren Hörern klarzumachen versuchen.

Was von dem Größenverhältnis Lenin-Hitler gesagt wurde, gilt, in noch stärkerem Maße, von der Beziehung zwischen Bolschewismus und Nazismus. Kein Unbefangener, auch wenn er sich hütet, den allesverhimmelnden Propaganda-Redner für die Sowjetunion zu spielen, kann sich dem gewaltigen Eindruck der bolschewistischen Leistung verschließen. Was da geschaffen worden ist, im sänen Kampfe gegen die erschreckende Unzulänglichkeit des Materials, — in menschlicher, wie in sachlicher Hinsicht, das erzwingt die Bewunderung. Es ist für einen Westeuropäer nicht leicht, sich den russischen Bauern, wie ihn das Zarenreich den Sowjets als Grundstock der Bevölkerung hinterlassen hat, auch nur annähernd richtig vorzustellen. Die Dummheit, Verwahrlosung und Kulturfeindlichkeit der russischen Landbevölkerung treffend zu beschreiben, geht über meine Kraft. Auch heute — vergessen wir das nicht! — ist erst ein Teil dieser stumpfsinnigen Masse abgeschrubbt, geschliffen, zu Menschen geformt worden. Der Rest wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen. Hinzu kommt die unvorstellbare Minderwertigkeit der übernommenen Sachwerte, der Werkzeuge, Anlagen,

## Die Krämer

Es wird noch mancher Hitler reunieren,  
Solange man die feigen Krämer schont.  
Die sind bereit, mit Mördern zu paktieren  
Und lassen sich vom Teufel selbst regieren,  
Wenn das Geschäft sich mit dem Teufel lohnt.

Am liebsten tummeln sie sich rückwärtsschrittlich,  
Weil der Profit dabei in Blüte steht,  
Doch wenn es sein muß, kommen sie auch sittlich.  
In einem Punkt nur sind sie unerbittlich:  
Wenn es im Ernst um ihre Beute geht.

Da biegen Demokraten und Faschisten  
In holder Eintracht in den Kriegspfad ein,  
Da finden sich die Juden und die Christen  
Und sind auf einmal nur Kapitalisten,  
Und wollen nichts als Bundesbrüder sein.

Nie darf die Menschheit dem Gespinst entrinnen  
Von Lügen, das man über sie gespannt,  
Nie darf sie sich aufs wahre Recht besinnen,  
Denn dann gäb's keine Gnade für die Spinnen,  
Die sie durch Zwietracht in ihr Netz gebaut.

Horatio.

## Was man sich zuflüstert

„Stimmt es, daß Göring gegen Hitler intrigiert?“  
„I bewahre! Er tut alles, was er ihm an den Augen ablesen kann!“

„Was liest er ihm denn ab?“  
„Das Gegenteil!“

„Der Emil ist als Miesmacher festgenommen worden?“  
„Nanu? Das wäre ja das erstmal, daß der die Wahrheit gesagt hat!“

„Inflation? Kann es in Deutschland nie geben. So etwas heißt bei uns: Aufbruch der Mark!“

„Jeder Deutsche soll ein Automobil haben!“ hat Hitler gesagt.  
Und da die Nasiführer besonders gute Deutsche sind, haben sie deren gleich zwei!

„Wissen Sie, was unsere Devise ist?“ schrie Herr Göbbels ins Mikrophon.

„Das, was uns fehlt!“ meinte Schacht, der daneben stand, sarkastisch.  
P i p s in der „Wahrheit“.

Triebkräfte und Verkehrsmittel; die vollkommene Zerrüttung der Wirtschaft durch den verlorenen Krieg; die langjährige Abschürfung von einer feindseligen Welt. Daß die Sowjets, trotz alledem, eine so gewaltige Aufbau-Arbeit zu leisten, einen so tiefgehenden Vorstoß der Zivilisation zu erzielen vermochten, beweist, neben der Größe der Idee, die Ueberlegenheit der Führung.

Und das Nazitum? Alles steht den Herrschaften von vornherein zur Verfügung: Ein von Natur aus reiches Land, ein nach Umfang und Organisation unvergleichlicher Wirtschaftsapparat ausgezeichnete Verkehrsmittel, ein kulturell hochstehendes Volk mit bester technisch-wissenschaftlicher Schulung. Alles, nur keine Idee, kein Plan, keine Führung. Die Früchte sind danach.

Sehen wir uns schließlich kurz die Entstehung der beiden Herrschaftsformen an: Ich muß gestehen, daß mich an dem ganzen Nazi-Theater nichts so reizt und abtötet, wie der grobe Unfug des Namens „Nationale Revolution“. Gewiß, auch „National-Sozialismus“ war schon Vergewaltigung eines wehrlosen Wortes. Aber man kann sich vielleicht darüber streiten, was Sozialismus ist. Der Begriff „Revolution“ dagegen steht fest. Revolution ist gewaltsame Eroberung der Macht, im Kampfe gegen die Zwangsmittel des Staates. Revolution ist kein Kuhhandel, keine Erbschleicherei, kein Kassengeschäft. Revolution ist das genaue Gegenteil dessen, was die Hinaufschacherung Hitlers zur Reichskanzler-Würde war.

Die bolschewistische Revolution war blutig und grausam. Aber sie wurde tapfer erkämpft und ist, neben dem französischen Umsturz von 1789 klassisch geworden für den Begriff und den Namen „Revolution“. Man kann sie verurteilen und hassen. Verachten kann man sie nicht. Sie war ehrlich, kühn und siegreich.

Was der 30. Januar des Herrn Hitler war, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Es ist die Schande der deutschen Jugend von heute, dieser „kämpferischen“, „heldischen“ deutschen Jugend, daß sie die Erbschleicherei, die mutlose, geschäftstüchtige Erlangung der Macht durch Herrn Hitler für eine „Tat“ angesehen hat.

Daß sie dem kläglichen Bittsteller auf seinem ehlosen Scharwenzel-Weg durch Vorzimmer und Hintertreppen wie einem „Eroberer“ gefolgt ist.

### Eine Moskauer Künstlerkolonie

In Moskau wird gegenwärtig ein Häuserblock für Künstler, bestehend aus 10 großen Wohnhäusern und 4 Atelierhäusern errichtet. Zum Block gehört ferner ein großer Ausstellungspavillon, ein Klub, Kinderkrippen, Waschanstalt, Garagen usw. Die Häuser werden künstlerisch ausgestattet werden. Zwei fünfstöckige Wohnhäuser sind bereits fertiggestellt und geben eine Vorstellung von dem Gesamtbild, das die Siedlung nach ihrer Fertigstellung geben wird. Die Ateliers sind in Glas ausgeführt, so daß die Lichtverhältnisse ideal sind. Der größere Teil der Ateliers wird einzelnen Künstlern zugewiesen werden, ein kleinerer Teil für gemeinschaftliche Benutzung reserviert.

## Einordnen - in Palästina \*)

Fakt alle, die in Deutschland plötzlich ihre Arbeit oder die Hoffnung auf eine Wiedereinstellung verloren hatten, waren ernstlich entschlossen, sich den neuen Verhältnissen in aller Bescheidenheit anzupassen. „Einordnen“ heißt das in Palästina und es ist eines der am häufigsten gebrauchten Worte. Sich einordnen heißt, in dem allgemeinen Plan zum Aufbau des Landes seinen Platz finden, so wie man gebraucht wird oder verwendet werden kann. Wer wollte das nicht? Das Land ist schön und der Ort von Hoffnungen, die man seit Jahrzehnten nicht gehabt hat.

Aber heimlich hofft und wünscht jeder einzelne — und hier kenne ich keine Ausnahme, auch unter den besten Zionisten nicht — einen Platz zu finden, gerade den, der seinen bisherigen Wünschen und Fähigkeiten, möglichst aber auch seinen bisherigen Ansprüchen entspricht. Man hat Kaufmann gelernt, Friseur, Uhrmacher. (Von den Doktoren ist hier noch nicht die Rede.) Man will ja gerne in der Erde graben, will am Bau helfen, Orangen pflanzen — warum nicht? Aber nicht gleich. Und nicht für immer. Wenn irgend möglich nicht gleich.

Dies alles gilt zunächst für die Stadtbewohner. Denn leider sind ja die meisten Deutschen zunächst aus Gewohnheit Stadtbewohner, zwar mit einer gewissen Sehnsucht nach Land und Boden, aber ohne raschen Entschluß zur völligen Umstellung. Meist haben sie auch, solange sie noch keine feste Arbeit haben, nicht den Mut, sich von den Zentren weit zu entfernen. Sie fühlen sich sicherer, solange die Beratungsstellen, solange die Freunde vom Schiff, die vertrauteren Freunde der Organisation in der Nähe sind. Ein Arbeitsamt, eine Wohlfahrtsstelle ist in der modernen Welt der anderen ähnlich. Man weiß ungefähr, wie man sich da zu benehmen hat, und man kann schimpfen, wenn es nicht funktioniert. Viele machen Gebrauch davon.

An erster Stelle unter den Organisationen zur Hilfeleistung für die deutschen Einwanderer steht die „Ottakuduth Germania“. Sie ist nach dem Muster der polnischen Institution gebildet, die die gleichen Aufgaben für einwandernde Polen auf sich genommen hat und die schon seit Jahren besteht.

Es ist nicht eigentlich eine Wohltätigkeitsinstitution. Olesj Aljaja heißt Aufstieg — es bedeutet den Aufstieg aus dem „Galuth“, der Fremde für die Rückkehrer in die alte Heimat Palästina. Praktisch vereinigt die Organisation alle Angelegenheiten der Aljaja — also Unterbringung, Einordnung, Beratung aller, die da kommen. Mehrere Kommissionen befaßen sich mit

- Landwirtschaftlichen Angelegenheiten
- Arbeitsvermittlung
- Wohnungsdiens
- Wirtschaftsberatung
- Kulturangelegenheiten
- Unterbringung von Kindern arbeitender Eltern.

Die Olesj Germania stellt vor allem den Einwanderern ihre Kenntnis des Landes zur Verfügung. Sie hat Kalkulationen für jede Art von landwirtschaftlicher Siedlung von Hochleuten ausarbeiten lassen. Sie geht dabei von dem Grundstück des 1000-Pfund-Kapitals aus, das zum Landkauf und den ersten Investitionen für Orangenbäume und kleine Landwirtschaft, für Gärten und Bienenzucht ausreichen soll, solange bis die kleinen Betriebe sich selbst erhalten. Es ist dabei meistens mit einem kooperativen Zusammenschluß gerechnet. Die Pläne sind notwendigerweise für eine Zukunft von fünf bis sieben Jahren vorausgerechnet, und den von der Weltwirtschaft in den letzten Jahren etwas eingeschüchterten Europäern wird manchmal angst, wenn sie ihre Existenz auf millitärlich geschätzte Marktpreise von 1940 aufbauen sollen. Aber wo in der Welt gäbe es eine wahrscheinlichere Sicherheit? Immerhin können sie doch hoffen, daß ihre Häuser stehen, ihre Felder und Bäume Früchte tragen und ihre Hühner Eier legen werden. Die Olesj versucht jedenfalls alles, um diese Möglichkeit zu verstärken. Die meist ungelerten künftigen Landwirte bekommen Instruktionen, die mit in die Kooperative arbeiten, oder sie werden älteren Siedlungen angeschlossen, wenn sie nicht vorziehen, vor der eigenen Ansiedlung einige Zeit sich in einer bestehenden Kolonie einzuarbeiten.

Die Olesj hatte gleich zu Anfang einen Hafendienst in Jaffa und Haifa eingerichtet, der bei Ueberfüllung von Hotels und Pensionen für die Unterbringung Einreisender in Privathäusern gesorgt hat. Es ist schon sehr tröstlich, wenn ein junger, bürgerlicher Akademiker noch der endlosen War-

terei vor den Einwanderungs- und Zollkommissionen spät abends, anstatt auf Hotelfuche zu gehen, einer freundlichen, alteingesessenen Familie angeführt wird und bei seinem ersten Schritt im Lande das Gefühl hat, ein willkommenener Gast zu sein. Die Arbeitsvermittlung ist natürlich weitaus schwieriger. Angebot und Nachfrage decken sich hier nicht, die speziellen Wünsche, die man zu berücksichtigen versucht, können nur selten erfüllt werden. Die Olesj führt zwar ständige Listen über den Arbeitsmarkt, sie hat aber keine Vollmacht, weder die Angabe der offenen Stellen noch Mitteilungen darüber allgemein anzufordern, wann die Stellen besetzt worden sind.

Die Gewerkschaft Palästinas, die Histraduth, hat die eigentliche Arbeitsvermittlung für die Neueinwanderer übernommen. Jeder, der kommt, meldet sich, wird nach seinen Vorkenntnissen gefragt, nach Sprachen, Parteizugehörigkeit (ohne daß dies bei der Arbeitsverteilung eine Rolle spielte), nach seinen Wünschen. Wer Facharbeit sucht, wird den Fachverbänden zugewiesen. Und dann kriegt er Arbeit — oder er kriegt sie nicht. Der geht auf „Schwarzarbeit“. Das heißt etwas anderes, als was die Deutschen verboten haben: es ist einfach jede Art von ungelerner Arbeit. Sie wird nicht besonders schlecht bezahlt. Von 15–20 Piaster an — 20 Piaster sind mehr als ein Mensch am Tage braucht. Wenn er allein ist — sobald er Familie hat, muß die Frau mitarbeiten. Da sehen sie nun und fragen: was soll man mit den Kindern machen?

Die Kinder werden untergebracht. Denn man ordnet sich ein.

Kinder werden auf jeden Fall untergebracht in Palästina, es ist das Land der Kinder, es wird noch die Rede davon sein.

Die deutschen Neueinwanderer können das aber nicht ganz so schnell begreifen. Für sehr viele ist der Gedanke, sich zunächst einmal von den Kindern zu trennen, erschreckend. Ruh es denn sein? Schwarzarbeit, schlecht bezahlt? Außenarbeit für die Frau? Vielen gehen Tage verloren und die letzten Reserven, ehe sie sich dafür entscheiden. Ebenso natürlich den Facharbeitern, die trotz der Histraduth und trotz der Konjunktur nicht gleich passend unterkommen.

Denn es ist natürlich anders als zu Hause. Sie sollen anderes Material bearbeiten, auf andere Temperaturen achten, sie kennen Mitarbeiter und deren Gewohnheiten nicht. Die Werkzeuge sind nicht in Ordnung, Chemikalien sind nicht wie gewohnt zu haben, der Lieferant ist unpünktlich, die Arbeitsräume unzulänglich. „So kann ich doch nicht arbeiten!“ beklagen sich die Neuen, wenn man sie fragt, warum sie den eben ergatterten Arbeitsplatz wieder verlassen haben.

Die meisten werden sich erst in solchen unmittelbaren Ergebnissen klar, wieweit ihre Ausstoßung in alle Details ihres Lebens eingreift. Schlechtlich war ihr Können dasjenige, worauf sie am sichersten bauen konnten. Nun zeigen sich die Abhängigkeiten, und außerdem ist es jetzt erst schmerzhaft, daß die Bezahlung hinter den Löhnen für Fachleuten in Europa zurückbleibt. Wirklich wird vielfach, besonders im Anfang, eine Qualität noch nicht bezahlt und geschätzt, die in den primitiveren Lebensverhältnissen des Landes bisher nicht bekannt und nicht gebraucht war. Nicht überall. Aber vielfach ist man ganz gut ohne die Präzision ausgekommen, die der Deutsche verlangt und leisten konnte. Die Palästiner sind auch verschiedener Ansicht darüber, wie weit sich das ändern soll. Sie erkennen die deutsche Lässigkeit ganz gerne an, aber halten es im Grunde für falsch, sich an die höheren Ansprüche zu gewöhnen.

Andererseits sind nicht alle Herrenfahrer, die drei Monate lang in einer Garage gearbeitet haben, perfekte Motorschlosser geworden, und auch sonst sind manche Leute herübergekommen, mit deren Leistungen zunächst eine gewisse Rücksicht geübt werden muß. Sie wird im allgemeinen bei niedrigen Löhnen hilfsbereit gewährt. Aber all das muß sich erst einspielen, und es verlangt Zeit. Der kleine Mann nun, der Mittelstandsmensch, im Augenblick in der ganzen Welt depossidiert und sicher im Leiden geduldig, hat doch im besonderen wenig Geduld bei starken Veränderungen, wenn er die Einzelheiten durchleben muß. Sie sind wie Leute, die beim Einsteigen in ein volles Eisenbahncoupe zuerst einmal überall anstoßen, überall Gepäck haben, keinem Nachbarn einen Platz gönnen und in dieser plötzlichen Lebensangst meist mit allen Mitreisenden Streit anfangen — aber gerne bereit sind, zehn Minuten später, wenn erst alle sitzen, Freundschaft zu schließen, zu teilen und zu vertrauen.

\*) Aus: Joseph Amiel, Palästina, das erlaubte Land. Verlag: Les Editions du Mercure de l'Europe, Paris.

## Alte Kellner

Sie tragen immer blankgeputzte Schuhe, und ihre Nerven sind aus Stahl und Draht doch dieses Bild der äußerlichen Ruhe ist jahrelanges Trainingsresultat.

Sie leihen ihre Nerven allen Gästen und laufen Belvedere — im Frack herum. So wird bei Jazzmusik und frohen Feiern das Restaurant zum Sanatorium.

Sie schuffen, bis sie glatt zusammenbrechen — der Herr Beschauber schmiert den Totenschein — die Gäste unbekümmert weitergehen — und der Herr Chef stellt junge Kellner ein. J. B.

## Der große Nachkomme

Owen Young, einer der bedeutendsten amerikanischen Industriellen und Finanziers, Schöpfer des berühmten Young-Plans, war dieser Tage im Weißen Haus zu Gast geladen und hatte den Ehrenplatz gegenüber dem Präsidenten Roosevelt. Er unterhielt sich lange und eingehend über die Wirtschaftsverhältnisse und wurde später von seinen Freunden gefragt: „Was denken Sie eigentlich über unseren Präsidenten?“ — „Oha, sehr vieles, er erinnert mich stark an Columbus.“ — „An Columbus, weshalb?“ — „Ja, an Christoph Columbus. Als Columbus auszog, um Amerika zu entdecken, wußte er nicht, wohin er fuhr, als er angekommen war, wußte er nicht, wo er sich befand, und als er zurückgekehrt war, hatte er keine Ahnung, wo er gewesen war...“

## Frankreich ironisiert sich selbst

Die Propaganda der anti-parlamentarisch gesinnten Franzosen erhebt den Mangel an Massen, die hinter den französischen Ultra-Rechtsekreisen stehen, durch keine Kosten scheuende Intensivität. Jetzt haben, im Anschluß an die Ereignisse vor der Deputiertenkammer am 6. Februar, die Parlamentsfeindlichen ein Abzeichen herausgebracht, das sie „das Zeichen der tapferen Leute“ nennen und das neben einem durchstrichenen Parlamentsgebäude die Aufschrift trägt: „Ich bin kein Deputierter.“ Aber der Erfolg entspricht bei weitem nicht der Propaganda, die für dieses Abzeichen gewirbt wird, ein Beweis dafür, daß die Mehrheit des Volkes trotz der augenblicklichen Krise an den liberalen Traditionen des Parlamentarismus festhält.

## Humor der Völker

**Schwierige Frage.** „Rutti, kann ein Hund noch Polizeihund werden, der schon einmal eine Wurst gestohlen hat?“ („Jugend“)

**Der Vorsichtige.** „Aber warum wirfst du denn nach dem Jungen nachrüben mit Steinen?“ — „Ich traue mich nicht näher ran, er hat nämlich Keuchhusten!“ („Fliegende und Regendorfer Blätter“)

**Ertappt.** „Entschuldigen Sie, sind Sie vielleicht Herr Kauter aus Köln?“ — „Nein — das bin ich nicht!“ — „Aber ich bin es und das, was Sie eben anziehen, ist sein neuer Mantel!“ („Neue J. S.“)

**Er kennt sich aus.** Herr (auf den Bahnsteig stürzend): „Habe ich noch Zeit, von meiner Frau Abschied zu nehmen?“ — Schaffner: „Kommt drauf an, wie lange Sie verheiratet sind!“

**Die mißtrauische Eva.** „Eva im Paradiese war doch tatsächlich die einzige Frau, die nicht zu befruchten brauchte, daß ihr Mann ihr unrein werden könnte!“ — „Und doch gibt es Leute, die behaupten, daß sie jeden Abend Adams Rippen gezählt hat!“ („Sondagnisse“)

**Pünktlich.** „Der Hahn, den ich gestern bei Ihnen verzehrte, hat mir aber schwer im Magen gelegen — in der Nacht um vier wachte ich auf und konnte nicht wieder einschlafen!“ — „Ja, ja, das war seine Zeit! Um vier Uhr morgens wedte er immer!“ („Demweits Journal“)

**Juridisch an den Absender.** Ein Herr schimpfte gewaltig mit dem Briefboten, da er eine Sendung nicht richtig erhalten hatte. Zum Schluß fragte er: „Wenn ich nun einen Brief schreibe und ihn an den größten Dummkopf dieser Stadt adressiere — wer wird den Brief dann wohl bekommen, wenn ich fragen darf?“ — „Wahrscheinlich würde er an den Absender zurückgehen!“ antwortete der Postbeamte sanft. („Politiken“)

## Vergilbte Briefe

Von Walter Lindenbaum

Da liegen sie vor mir, wohl fünfzig Jahre alt, ein Päckchen rosa Liebesbriefe.

Ein Hauch von Veilchenduft verbreitet sich und schwängert sich die Zimmerluft.

Es ist ein trüber Regentag und mir ist kalt.

Wer mag sie hier vergessen haben? Sie sind an einen Hans gerichtet.

Von einer Paula, die verzichtet. Wo sind die beiden? Leben sie? Sind sie schon längst begraben?

Die Schrift ist ganz verwischt, man sieht sie kaum.

Die Briefe lagen stumm in einer Lade. Hat dieser Hans sie achlos weggetan?

Wie schade!

Ich sinne nach. Vergangenezeit zieht durch den Raum.

Was kümmerts mich, dachte ich mir dann gereizt.

Ihr habt gelebt, geliebt, nun müßt ihr weichen.

Wir Lebenden, wir gehen über Reichen,

Und abends hab' ich mit den Briefen eingebeizt.

## Die Dame mit 1203 Nägeln

In einem Neuporker Krankenhaus wurde dieser Tage eine gewisse Mabel Wolff eingeliefert, sechzig Jahre alt, die sofort

einer schweren Operation unterzogen werden mußte. Zu dem Entsetzen der Ärzte holte man aus dem Körper dieser seltsamen Amerikanerin nicht weniger als 1203 Nägel, Schrauben, Radeln und Eisenstücke, des weiteren Haken und Oesen und ähnliche Dinge heraus. Miß Wolff überstand diese eigenartige Operation glänzend und wurde natürlich sofort eingehend vernommen. Sie gestand ohne weiteres ein, diese Gegenstände vor fünf Jahren in einem Neuporker Warenhaus, in dem sie angestellt war, im Laufe der Zeit verschluckt zu haben. Sie war in der Abteilung beschäftigt, wo es alle die kleinen Dinge für den täglichen Haushalt gibt und hatte bisher weiter keine größeren Beschwerden gehabt. Auf die dringlichen Fragen, warum sie denn das getan habe, antwortete sie lächelnd: „Ich wollte einmal etwas Extravaganantes tun.“

## Die Überraschung

Bei der Prämierung der schönsten Beine von Milwaukee gab es bei der diesjährigen Kürung eine eigenartige Überraschung. Wie immer waren die Anwärterinnen auf den Königinnenthron der Jury bis eben auf die nackten Beine verborgen. Der Richterpruch hatte ganz unparteiisch zu erfolgen, da konnte kein charmanter Blick, kein reizender Mund bestechen, es ging ganz korrekt zu — so korrekt, daß als Siegerin Miß P. T. ausgerufen wurde, eine stattliche ältere Dame von nahe sechzig Jahren. Sie hatte ungewöhnlich die schönsten Beine aller Anwärterinnen, und in einem Inter-

view erklärte sie, daß sie von Jugend an gemüht habe, daß ihre wohlgeformten Beine ihre größte Schönheit seien und daß sie aus diesem Grunde diese Schönheit durch dauerndes Training und Massagen sich bis heute erhalten habe. Aber, erklärte sie den neidischen Konkurrentinnen, nicht zuviel massieren, nicht zuviel trainieren, sonst treten die Muskeln zu stark hervor, und ein allzu muskulöses Frauenbein ist auch nicht gerade das Vorbild idealer Schönheit.

## Der Schatz der „Cousitania“

Die Versicherungsgesellschaft Lloyd, die nach der Torpedierung des amerikanischen Dampfers „Cousitania“ durch ein deutsches Unterseeboot im Mai 1915 eine Riesenschadenssumme aufbringen mußte, versucht jetzt wieder die Goldschätze, die sich an Bord des Schiffes befanden, heben zu lassen. Das italienische Schiff „Artiglio“ wird den Versuch unternehmen, die Schätze zu bergen. Man hofft auf einen Erfolg, da es diesem Dampfer schon gelungen ist, einen großen Teil des Goldes des Dampfers „Agassi“ zu bergen. Dieser Dampfer wurde ebenfalls während des Krieges von einem deutschen Unterseeboot fünfzehn Seemeilen vor der irischen Küste in den Grund geböhrt. Da hier anfangs die Bergung als unmöglich angesehen wurde, ist die Versicherungsgesellschaft nach dem Erfolge so hoffnungsfreudig geworden, daß sie den Auftrag gegeben hat, das Gold der „Cousitania“ aus dem Meere zu holen.

# Die Fahne der Internationale

Prag, 12. April. Das leuchtende Symbol der Wiener und österreichischen Arbeiterbewegung, die Fahne der Internationale, ist unter abenteuerlichen Umständen den Klauen des feigen Heimwehr-Faschismus entrissen worden. Auf wackelnden, gefährlichen Umwegen ist sie nun wohlbehalten bei der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialdemokraten in Brinn eingetroffen.

Die Fahne war im Jahre 1924 von Vertretern der Internationale anlässlich einer großen Massenkundgebung auf dem Sportplatz Hohe Warte — wo in den blutigen Februartagen die Artillerie postiert war, welche den Karl-Marx-Hof bombardierte — der Wiener Arbeiterbewegung als Ehrenzeichen anvertraut worden. Seither stand dieses Banner bei vielen internationalen Kundgebungen, zuletzt anlässlich des Aufmarsches der proletarischen Weltolympiade vor dem Wiener Sozialistensongress 1931, im Mittelpunkt begeisterter Kundgebungen.

Bei den Februarkämpfen verblieb die Fahne in einem von Polizei und Militär gestürmten Arbeiterheim zurück. Unmittelbar nach den Kampfzügen reiste bei einer Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter der Entschluss, dieses heilige Kleinod um jeden Preis den Händen der Sieger zu entreißen. Durch Einsatz von List und Verwegenheit ist es dann tatsächlich gelungen, aus dem besetzten Gebäude das Banner der Internationale zu bergen und auf den Boden eines freien Landes in Sicherheit zu bringen. Soweit die Details dieses waghalsigen Streiches heute schon preisgegeben werden dürfen, wird darüber noch ausführlich berichtet werden.

Die Fahne der Internationale befindet sich derzeit in Obhut der Auslandsvertretung des republikanischen Schutzbundes und sie wird anlässlich der bevorstehenden Reise zum Gegenstand besonderer Schulungen der sozialdemokratischen Arbeiter der Tschechoslowakei sein.

# Das Programm der Untersuchungsausschüsse

Paris, 11. April.

Die beiden Untersuchungsausschüsse, zur Untersuchung der Stavisky-Affäre und der Ereignisse des 6. Februar, traten gestern wieder zusammen.

Die Stavisky-Kommission unter dem Abgeordneten Guernut hat zunächst den Vorsitzenden des Kassationsgerichts M. Vescoüe und den früheren Staatsanwalt Viesard befragt.

Der Ausschuss des 6. Februar hat damit begonnen, die Ereignisse in den Champs Elysees zu behandeln, bei denen am Abend des 6. Februar mehrere Demonstranten durch Angeln der Polizei getötet wurden. Donnerstag wird darüber gesprochen werden, warum eine Abordnung der Rechten des Pariser Stadtrats sich nach der Kammer am 6. Februar begeben wollte. Nächste Woche werden Vertreter

der Action Francaise, der kommunistischen Partei, der Patrioten-Jugend, der Solidarite Francaise und der Liga der Steuerzahler vernommen werden. Das wird Montag bis Mittwoch der Fall sein. Donnerstag findet die Vernehmung der Kommandanten der Garde mobile, der republikanischen Garde und der Gendarmerie statt. Freitag werden der Leiter der künftigen Polizei M. Marchand und der inzwischen zum Präfekten des Kantons Seine-et-Oise ernannte Polizeipräsident von Paris M. Bonnefoy-Sibour befragt.

Dienstag, den 24. April, ist nach dem Programm, ein Vortrag erster Ordnung: da werden M. Arot, der frühere Innenminister (dessen Toga dramatisch im Justizpalast von einem Kollegen verbrannt wurde, der allerdings inzwischen wadhänig wurde) und der frühere Ministerpräsident Daladier gehört werden, der infolge der Ereignisse trotz einem Vertrauensvotum der Kammer demissionierte.

Der Generalkrieg vom 12. Februar und die Demonstration der Arbeiter in Vincennes sollen am Freitag, dem 27., verhandelt werden.

Es ist natürlich möglich, daß dieses Programm noch einige Veränderungen erfährt. Die Kammer selbst wird am 15. Mai wieder zusammentreten.

# Militär gegen Heimwehr

## Eine große Meuterei gegen Do. I. fuß

Wien, den 12. April (Eig. Meldung).

Die Stimmung in der österreichischen Heimwehr wird von Tag zu Tag gespannter. Man hatte den Heimwehrlenten für ihre „Dienste“ während der blutigen Februartage eine Belohnung versprochen, die sie aber noch immer nicht empfangen haben. Die Heimwehrlente fühlen sich betrogen und bereiten Herrn Dollfuß keine geringen Schwierigkeiten.

Gestern führte diese unzufriedene Stimmung bei der 6. Kompanie der Wiener Heimwehr zu einer offenen Meuterei, wobei die Regierung zum Schluß die Hilfe der Polizei anrufen mußte, um die Aufständigen zu entwaffnen.

Die Heimwehrlente der 6. Kompanie forderten bereits seit einigen Tagen, daß man ihnen endlich die guten Posten geben solle, die man ihnen versprochen hatte. Da jedoch Bundeskanzler Dollfuß erklärte, daß infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich nicht genügend freie Stellen zur Verfügung ständen, wurde die Stimmung immer gereizter.

Um schließlich die Meuterei, die die heftigsten Formen anzunehmen begann, zu unterdrücken, wurde die 6. Kompanie gestern zu einer Uebung in voller Waffenandrängung nach dem Wiener Prater kommandiert. Dort ließ man die Mannschaften die Waffen ablegen und unter dem Vorwand einer Uebung wurden die Leute einige hundert Meter von dem Waffenlager entfernt.

In dem Augenblick erschienen drei Ueberfalltruppen der Polizei, die die abgelegten Waffen verladen wollten.

Die Akten der Stavisky-Kommission wurden in die Kammer zur Aufbewahrung in einem Gelbschrank gebracht, den die Arbeiter durch die Präsidialgärten schleppen mußten.

# Der 1. Mai in Rußland

(S.S.) Zum 1. Mai wird diesmal ein außerordentlich starker Zustrom ausländischer Gäste in Moskau und anderen Städten der Sowjetunion erwartet. Allein in Moskau rechnet man auf ungefähr 1000 Touristen. Außerdem werden mehrere 100 Arbeiterdelegierte als Gäste der Gewerkschaften der Sowjetunion anwesend sein. Leningrad erwartet im Laufe des Sommers nicht weniger als 30 Touristendampfer aus den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien, Schweden usw. Mitte Juli werden mehrere hundert amerikanische Studenten in Moskau erwartet, die den Wunsch geäußert haben, an der Moskauer Universität einen Vortragszirkel über Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Sowjetrecht usw. zu hören.

Als die Heimwehrlente das sahen, eilten sie zurück und verhinderten die Abfahrt der Autos. Sie forderten ultimativ ihre Waffen zurück, aber der Kommandant erklärte, daß sie nun einmal entwaffnet seien und obendrein ihre Entlassung als Heimwehrlente erhielten. Sie sollten nach Hause gehen und leben, wie sie weiterlämen. Darauf versuchten die Heimwehrlente ihre Waffen mit Gewalt zurückzuerobern. Es kam zu einer regelrechten Kampfhandlung zwischen Heimwehr und Polizei, wobei die letztere von ihren Waffen Gebrauch machte. Ueber eine Viertelstunde dauerte es, ehe es der Polizei trotz ihrer waffenmächtigen Uebermacht gelang, die Meuternden soweit zurückzudrängen, daß die Autos mit den Waffen abfahren konnten. Es gab eine ganze Reihe von Verletzten.

Obgleich die Regierung Dollfuß nichts unversucht ließ, um diesen peinlichen Zwischenfall geheimzuhaltend, wurden die Vorkommnisse im Laufe der Nacht bereits in einigen Katern der Heimwehr bekannt. Nach vorliegenden Berichten ist dadurch die unruhigere Stimmung innerhalb der Heimwehr noch vergrößert worden, man rechnet mit dem Ausbruch des offenen Konflikts.

# Geiseln auch in Oesterreich

(Anrech.) Die Tochter des aus dem Gefängnis entflohenen Schußbündlers Bernaschek und die Frau des Justizbeamten Döbler, der die Flucht ermöglichte, sind als Geiseln verhaftet und ins Gerichtgefängnis eingeliefert worden.

# Wien, gestern und heute

Wien, 8. April.

Abseits vom Grinsing-Ritz der Postkarten- und Filmindustrie gibt es auch wirkliche Wiener Stimmungen, jene wechselläufige wienerische Atmosphäre, die von der lockeren Uniformität durchschnittlicher mitteleuropäischer Städte fälschbar und sichtbar absteht. Inzwischen den Denkmälern einer verunkelten Geschichtsepoke lebt diese große Stadt, die so gar keine Großstadt ist, ein sonderlich eigenes, im äußerlichen Eindruck verblüffend vorgerücktes Leben. Immer noch ein Konglomerat westlich-südlich-östlicher Lebensgewohnheit, Sprachen und Rassen, immer noch Wochenendziel benachbarter Städte der Nachfolgestaaten, hat Wien andererseits die undankbare und nicht wesenmäßige Rolle der Hauptstadt eines ländlichen Kleinstaates zu spielen. Eine Rolle, in die es sich eigentlich nie recht hineinfindet; wurde es doch von außen, von der Provinz teils als bemerkenswerte Lebenswirklichkeit, teils als überflüssiger „Wasserlopp“ betrachtet, der, ebenso überproportioniert wie die Last der Pensionen, die auf den alpenländisch-wienerischen Ueberrest der Donaumonarchie entfiel, eigentlich recht entbehrlich sei.

Tatsächlich blieb das bürgerliche Wien eine autonome Hauptstadt mit schrumpfender Tendenz; wirtschaftlich, gesellschaftlich und geistig. Ein verstorbenen bekannter Journalist nannte das den Verdauungsprozess Wiens, der sich auch wirklich nirgends so deutlich spiegelt und spiegelt als in den Spalten der bürgerlichen Presse. Vorgezogen wie seine Bauten im kunstgewerblich verbesserten Jugendstil, träumt das ältere bürgerliche Wien von Bachsteinen, Deutschmeistermusik und profitablen Mietzinsen vergangener Zeit, während die dieser Erinnerungsanstalten entrückte Jugend Putschschloffer in der aufgehenden Sonne des „dritten Reiches“ bauen möchte.

Abseits hiervon, wie das sprichende Gras auf alten Fehungswällen, entstand zwischen der zu Stein erstarrten Vergangenheit des Habsburger Reiches die rote Kommune; das Wien der Freibäder und Volkswohnungen, das Wien der Arbeiterbühnen, das Wien, das für Gebärende eine Stätte zu errichten, den Geborenen die erste Kleidung zu stellen als primäres Gebot der Verwaltung eines Gemeinwesens ansah. Nicht Fürstentümer entstanden abseits der Glendquartiere als Denkmal dieser unvergessenen und unverachtlichen Zeit, sondern Wohnungen, Bäder, Kliniken, die Kinderübernahmestelle oder auch hier und dort eine Gedankenfabrik zu Ehren jener, deren die bürgerliche Geschichtsschreibung zu vergessen pflegt. Aus dem Nichts — selbst eine gleichgeschaltete Morgenachtung mußte es erst fürzlich zugeben — wurde das neue, das proletarische Wien geschaffen, geführt lediglich auf das Fundament solidarischen Handelns und gesellenschen Willensausdrucks der Arbeiterklasse. Einer Arbeiterklasse, die wie kaum irgendwo sonst in Europa durch endlose ansichtslose Jahre unentwelter Armut, unentwelter Visionäre Fortschritt einer neuen Gesellschaftsordnung war die leuchtende Grundlinie dieses Werks, eines stets erfolgreichen Kampfes um die Seele des Wiener Volkes.

Wiel Glend, viel Entbehrung wurden ertragen, da man doch wenigstens die Freiheit des Gedankens, das Recht der Selbstbestimmung, die vielleicht bescheidene, aber doch für die Menschenwürde des Arbeitenden im Betriebe so bedeutungsvolle Betriebsdemokratie erobert hatte, da Mandatäre der

Beschloßen und ehemals Rechtlosen das öffentliche Gut verwalteten. Neue Lebensform, ein Geschlecht sportgebildet und doch nicht entgeistert, sondern interessierter Arbeiter entstand, jene Wiener Jugend, deren unbedrückter frischer Wesen sich auch durch alle Fährnisse der Krisenzeit erhielt; jene junge Generation, die nun mit eiserner Entschlossenheit einen wenig aussichtsreichen Kampf aufnahm und selbst dem hässlichsten, wassengeübten Gegner Bewunderung abnötigte.

Heute ist das Antlitz Wiens verändert. Nicht äußerlich, nicht in der inneren Stadt und nicht einmal in den Bezirken der Gemeindebauten, die auch durch die Artillerie der Döngelchristen nicht zu beleuchteten waren. So wie naive Reisende gerne aus Italien berichteten, daß die Jüge fahrplanmäßig verfahren, so kann man auch heute aus Wien vermeiden, es gehe alles seinen gewohnten Gang. Sogar die Konsumverneine sind offen. Nur die Arbeiterbank wird in den Konfurs getrieben, worüber wenig gesprochen und noch weniger geschrieben werden darf.

Und doch fühlt, steht man bald, wie sehr sich Wien verändert hat. Nicht nur der summverbissene Ausdruck, nicht nur die vorläufige tastende Form des Gesprächs auf der Tram, im Vaden, in den Anlagen zeigen, daß viel, daß Entscheidendes anders geworden ist. In den Cafes fehlt das Wesentlichste am Wiener Cafelieben, der Zeitungsberg, den der Ober vorsorglich mit der „Schale Gold“ serviert. Eine Zeitung genügt; in allen sieht das gleiche, nicht fangemäß, sondern wortwörtlich. Die Presse, die öffentliche Meinung ist monopolisiert, in Staatsregie genommen wie die Zigarettenherstellung. So sieht man allenfalls den „Matin“, die „Neue Zürcher Zeitung“ oder sonst irgend ein noch nicht verbotenes Auslandsblatt. Sofern es vorhanden ist, denn in abendlichen Stunden werden die ausländischen Blätter, wenn nur irgend etwas über Oesterreich in ihnen steht, von Gästen mitgenommen. Die Ober zucken die Achsel und haben es ausgegeben, aufzusparen.

Ober in der Tramway. Es gibt wohl kaum eine Stadt, in deren Straßenbahnen frühmorgens soviel gelesen wurde wie Wien. Jetzt steht man nur allenfalls irgendwo eine „Reichsrosi“, das Blatt der „ehelichen Schwarzen“ wie der Volksmund jene klassifiziert, die schon vor der guten Konjunktur für die fleckige „Erneuerung“ waren. Unbedrücklich, massenhaft ist der Gesichtsausdruck der Passanten. Niemand ist so recht unbedungen, nicht einmal die Heimwehrsoldaten! In den Außenbezirken, wo man sich kennt, parkert es auch, doch offen gesprochen wird; erht vorsichtig tastend, dann frei voll Erbitterung und grenzenlosem Haß. Die Masse ist nur eilig und oberflächlich geschminkt, nicht wie in Mailand und Berlin schon zur Lebensgewohnheit geworden. Der österreichische Faschismus hat keine Volkswegung hinter sich und selbst den jungen, nationaldeutsches orientierten braunen Konfuzius-Faschismus gegen sich. Zwar gibt es Ueberläufer und Konjunkturbegeisterte in kleinen Provinzorten wie in Wien. Doch Massenmeinung ist dies nicht geworden. Man weiß so ziemlich, wem zu trauen, wem nicht zu trauen ist. Illustre Literatur wandert von Hand zu Hand, wird gesucht, mitunter auch gefunden. Aber es taucht immer neues Material auf und unbekannte Hände kleben auf die Trakten einen kleinen Zettel: „Heimwehrkamerad, lies das kleine Blatt“, nämlich das gleichgeschaltete ehemals sozialdemokratische Regierungsjournal, gedruckt auf gestohlenen

Maschinen und mit gestohlenem Papier. Mehr braucht es nicht. Die Heimwehr ist so beliebt in Wien, daß jeder diese Aufforderung richtig versteht.

Auf der Straße wird niemand terrorisiert. Der Privatguel der braunen Landsknechte und italienischen Schwarzbenden findet mangels wirklicher Anhängermaßen des Heimwehrfaschismus keine Nahrung. Der österreichische Faschismus hat keine eigenen Methoden. Eine Staatsangestellte berichtet: „Wir sind alle christlich organisiert. Freiwillig, ganz freiwillig natürlich. Es wurden nur Visten aufgelegt und bei denen, die nicht beitraten, ein Strichel gemacht. Ein Strichel, sonst nichts. Wir haben das alles verstanden. Wer nicht mitgemacht hat, ist auch richtig bald draußen gewesen. Dann kommt die Frage nach dem Tauschein. Alle suchen sich eine Religion, die einen lehren zurück, die anderen werden alifatholisch oder evangelisch.“

Religion ist Trumpf; die katholische Kirche nutzt die günstige Stunde mit Energie und Umsicht. Keine Verordnung, kein Terror. Wort bewahre. Es wird nur mit dem Zaunpfahl gewinkt. Wer noch etwas zu verlieren hat, etwa einen Arbeitsplatz, versteht, muß verstehen, denn der Wespenspiele mangelt es nicht. In der Schule sind Kreuzfixe ongebracht. Vor dem Unterricht wird gebetet und jedes Kind muß ein Kreuzkreuz, die österreichische Abwandlung des Patenkreuzes, tragen. Es kostet nur dreißig Groschen. Dreißig Groschen sind viel Geld für manchen. Es nutzt nichts, es muß bezahlt werden, und es wird bezahlt. Wer etwa in Staatsstellung oder bei der Gemeinde ohne priesterlichen Segen geheiratet hat, dem wird freundlich bedeutet, dies schleunigst nachzuholen. Es herrscht Hochbetrieb, es wird getaut, geheiratet, nachgeholt. Den Luxus der Religionslosigkeit können sich nur Arbeiterlose oder Arbeiter mit nachsichtigen Arbeitgebern gestatten. Gewissungsfreiheit ist ein seltener Artikel in Europa geworden.

Das ist das unterdrückte, das geknechtete Wien. Ob es mit diesen Methoden je gleichschaltbar wird, ob außer den Konjunkturbegeisterten dieser Zwang je zum Erfolg zu führen vermag, das kann wohl fraglich bezweifelt werden. Ob, es gibt aber auch andere. Da sind die Genossen, die im Gefängnis waren und, obwohl ihr Fall nicht abgeschlossen ist, nun unbedrückert ihre Meinung sagen.

Und da ist die Jugend. Die proletarische Jugend Wiens und Oesterreichs, die überall und irgendwo ist, mit der keine Polizei der Welt und am allerwenigsten die österreichische fertig wird. Die Jugend, die seit langem mit der illegalen Arbeit rechnete und daher alles rechtzeitig auf den Kopf gestellt hat. Neue Funktionäre tauchen auf, Genossinnen und Genossen, die nichts zu gewinnen haben in diesem bitteren und gefährlichen Kampf mit der Staatsmacht, als das Demutlein, für eine Sache einzutreten, für die andere erdohenen Honores zum Falgen ängen, und andere im Kerker schmachten. Der ermüdende Kleinkrieg der aktivitätslosen Epoche des Vorjahres hat dem offenen Kampf um die Zukunft Platz gemacht. „Dieser Kampf gehört uns, wir von uns geführt werden.“ erklärt mir eine Jugendgenossin — gerade geben wir an einem ehemaligen Heim vorbei, in dem nicht ein Stuhl, nicht ein Fenster ganz geblieben ist, so nachdrücklich wurde da „aufgebaut“ — „denn dieser Kampf ist ein Opfer, dieser Kampf muß offenst geführt werden, und zu diesem Kampf gehört auch jugendlicher Leidstun.“

Das ist das Wien von heute; befreit aber nicht über-

wunden. Um das Wien von morgen braucht uns nicht bange sein. Es gehört der Jugend, die in Wien von gestern groß geworden ist.

# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

In den Tuileriegärten grünen die Kastanien. Die Allee östlich vom Ballhaus, an dessen Wand sich das wunderbare Denkmal der vom deutschen Militarismus erschossenen Edith Cavell befindet, der Körper der zarten Frau mit dem Helm beschwert, bietet den Anblick leuchtender Kerzen.

In den französischen Lyceen wurde durch M. Berthod, den französischen Unterrichtsminister, strikte Neutralität und Fernhaltung jeder politischen Propaganda angeordnet.

Am Dienstag findet das erste der beiden vielerörterten Konzerte der Berliner Philharmoniker unter Furtwängler in der Pariser großen Oper statt. In der Öffentlichkeit wurde viel erörtert, daß Furtwängler zu diesem internationalen Gastspiel mehrere österreichische Solisten mitbringt, gegen die von ihrem Heimatlande wegen Teilnahme an nationalsozialistischen Veranstaltungen ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde.

Der Salon der Humoristen ist nur noch bis 15. April geöffnet.

Die russische Emigrantin Mme. Pobedonosteff hatte zwei Zeitungen verklagt, die behauptet hatten, sie sei die „Dame im Beige-Mantel“, die am 26. Januar den General Koutieff von der rue Oudinot im Auto zu einer Fahrt verlockt hätte, von der er nie mehr zurückkehrte. Der Russin wurden 5000 und 1000 Franken Schadenersatz zugesprochen.

## Operettenmitglieder

### aller Fächer und Chor

wollen Offerte mit äußersten Gegenbedingungen, Bild, Repertoire, Referenzen einsenden an die Direktion der „Wiener-Operettenbühne“, Luxemburg.

Richard Freudmann, Grand-Hotel Gaisser

## Die Vedetten der „Affäre“

Am Tage der Zeugnisaussage, die die elegante Pariser Schauspielerin Suzanne Avril pflichtschuldigst vor der Kommission machte, bringt der „Jour“ folgende kleine Pariser „Echo“:

In einem Modelokal frozzelt ein Stammgast den Direktor wegen des hartnäckigen Fortströmens von Gästen der Tafelrunde aus Anlaß der Stavisky-Affäre.

„Da hab ich nun also bei Ihnen den Herrn Alexander erlebt, dann den Paul Comby, dann Jo-den-Schrecklichen, dann den Herrn Direktor Hayotte. Sagen Sie mal, wenn die Untersuchung noch lange dauert, dann sind wohl alle ihre Treuen draußen in der Santé?“

„Tja,“ erwiderte der geplagte Direktor, „und das Komischste ist noch, daß der Untersuchungsrichter in Dijon ausgerechnet mein Vetter Rabut ist. Der bedient nun also statt meiner die lieben Freunde, die mir die Justiz entzieht. Na, aber lassen Sie nur, die „Stars“ in diesem Aktualitätsfilm sind uns sicher.“

Sprach, und eine elegante Dame im Naturbissam betrat die gastliche Stätte.

„Das ist Suzanne Avril,“ flüsterte der Direktor, „der gefällt meine Küche so gut.“

## Der höchste Richter von Frankreich, Präsident Lescouvé

Paris, 12. April.

Frankreich ist das Land der großen Juristen, der lateinischen Gerechtigkeit. Die französische Justiz gilt ungeheuer viel. Die Roben, der Justizpalast, das Wort der Zeugen, das Leben, alles das ist heilig. Es gibt noch uralte Bräuche, es gibt Schwurgerichte, es gibt ehrliches Rechtsempfinden, es gibt Unabhängigkeit der Richter, lange Korridore und Unabsehbarkeit. Gerade deswegen ist die Entrüstung über den Fall Prince, fast noch mehr als über den Fall Stavisky, so ungeheuer. Der Franzose, der Durchschnittsfranzose, der „Français moyen“, sagt: Unter allen Umständen muß der Mörder gefunden werden.

Jetzt hat der höchste Richter des Landes gesprochen. Es ist der Präsident Lescouvé, der Vorsichtige des Kassationshofes, des höchsten Gerichtes der Republik, ein Mann, der ein Ansehen hat, wie in Deutschland schon längst kein Reichsgerichtspräsident mehr und in ganz ferner Zeit viel-

## Kinos

- Actualites L'auto. (31. Bd des Italiens) „L'Heure joyeuse de Mickey Mouse“. Ein Sportfilm. Aktualitäten.
- Agriculteurs (8. rue d'Athènes). L'Homme invisible (C. Rails, G. Stuart, W. Harrigan). (Tägl. 15 und 21; Sbd., Sonnt., Fgs. 14.30, 17, 21).
- Apollo (rue de Clichy). Prologue: Toujours dans mon Coeur. Originalfassung. (Tägl. 14—2).
- Bonaparte (Place St-Sulpice). L'Homme invisible. (Tägl. 15 und 21, Sbd., Sonnt., Fgs. 14.30, 17, 21).
- Champs-Elysées (118. av. des Champs-Elysées). La Croisière jaune. (Tägl. ununterbrochen von 14.30 bis 19; Sbd. und Sonnt. von 13.45 bis 20.15).
- Cine-Opera (32. av. de l'Opéra). L'Homme invisible (C. Rails, G. Stuart, W. Harrigan). (Tägl. ununterbrochen von 14 bis 20; abends 21).
- Colisee (38. av. des Champs-Elysées). Le Club des casse-cou. Originalfassung mit französischen Untertiteln. (Tägl. ununterbrochen von 14.30 bis 19.30; Abendvorst. 21).
- Elysee-Gaumont (79. des Champs-Elysées). Design for Living (Fred March, Miriam Hopkins, Gary Cooper). Tägl. von 14.30—20 und um 21).
- Madeleine (14. rue de la Madeleine). Esquimaux (ein Film von Van Dyke), amerik. Originalfassung, franz. Untertitel, (Tageskino von 14 Uhr ab).

Paris, 02, Rue de la Rochefoucauld

**Deutsche Poliklinik**

a) Allgemeine Konsultationen mit Spezialisten. Innerer Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kniegelenk, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blau-, Herz- u. Geschlechtskrankheiten.  
 b) Chirurgie. Zweistöckiges Planetariumsgebäude. Vierstöckiges Gebäude. Zimmer Klein-, mittlere und große Chirurgen mit 1 bis 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen. Die allermodernste Ausrüstung ansonsten und 2 Operationsstühle.  
 c) Geburtshilfliche Klinik. Vierstöckiges Gebäude. Zimmer für 4 Betten, 3 Aerzte, 3 Hebammen. Die allermodernste Ausrüstung ansonsten und 2 Operationsstühle.  
 d) Zahnärztliches Kabinett. Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellankronen, Brücken, Kautschukarbeiten.

Ordination täglich von 9—12 und 2—5; Sonntags und Feiertags von 10—12 und 2—4 Uhr

**Steuerfragen Gesellschaftsgründungen**

Wenden Sie sich an

**F. BRIQUEU**

LICENCIÉ EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuerbehörden, um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle, PARIS (2), Telefon Louvre 22.93

**Der Erfolg liegt in der Reklame!**

Inserieren Sie deshalb in der

**„Deutschen Freiheit“**

**Drs. G. und M. Spitzer**

3, Avenue de la République, Paris, Métro République, Tel. Oberkampf 86-23

Sprechstunden: 1-5 und 9-5 Uhr

Sanft, Geschlechts-, Inners und Kinderkrankheiten Epilation Diathermie

**Existenz**

Mühle in Luxemburg mit Wasserkraft und Fischerei, zur Einrichtung eines Touristen- und Wochenendheimes geeignet, günstig zu verkaufen. Mittels des unersüßlichen Anfrags an die „Deutsche Freiheit“, Saarbr., unt. S. 11.

leicht einmal der Reichsgerichtspräsident in den liberalen Zeiten unter Bismarck, Bebel und Windthorst.

Der Präsident Lescouvé ist ein Mann des Südens, aus der Römerstadt Aix in der Provence, ein feiner Siebziger, ein klassischer Zeuge für den Gedanken des Rechts, aus einer alten Juristengeneration. Die höchste Auslese dieser klaren französischen Rechtslehre, die für den Gedanken der Logik, des Maßes und zugleich des Feuers geschaffen ist.

Und dieser Klassiker hat nun gesprochen. Er hat gesagt: „Der Richter Prince ist zu mir gekommen und wollte sein Gewissen befreien. An diesem Tage unterschrieb er sein Todesurteil.“ Es handelt sich darum, daß Prince vor Jahren einen Bericht (den Bericht Gripois), der moralische Einwendungen gegen Stavisky machte, dem Staatsanwalt Pressard gab, der ihn liegen ließ, vernachlässigte. Die Worte, die der alte Jurist gesprochen hat, wirken wie die Waage der Gerechtigkeit selbst, wie das Umschütten des Sandes, wie die lautere Wahrheit selbst. Die Theorie des Selbstmordes ist schon wieder verscheuchert, ihr, die wenig geglaubt war, steht jetzt schon das Zeugnis aus dem Munde der Aerzte entgegen, daß der Richter Prince schon wegen der Blutflecken auf seinem Mund mit einer Maske oder dem Schwamm erstickt sein muß.

## Drama auf dem Boulevard Exelmans

Der Boulevard Exelmans ist vielen Deutschen bekannt. Er liegt unter dem großen Viadukt in der Nähe der Seine, in der Nähe des Rennplatzes Auteuil, in einer Gegend, die von dem vornehmen Bois in proletarischere Viertel überführt. Gegenüber liegt die Citroen-Fabrik. Von der Brücke fahren im Frühjahr und Sommer die Seine-Dampfer nach den Tanzlokalen von St. Cloud, das malerisch an der Seine liegt, unter Höhen, die die Deutschen 1870 zerschossen haben.

Die Gegend heißt Point-du-jour. Dort hat in diesen Tagen ein alter Mann, 62 Jahre alt, ein Belgier, ein seltsames Verbrechen begangen. Er rächte seine Tochter, ein Mädchen aus der Gegend von Lüttich, die vor langen Jahren, acht Jahre ist es her, einen anderen Belgier aus Antwerpen heiratete. Diese Ehe verlief unglücklich, der Mann liebte das große Leben — und scheute sich, die Mittel dafür zu gewinnen. Eines Tages tötete der Flame seine Frau mitten im Justizpalast in Brüssel, was ihn zwanzig Jahre Zuchthaus kostete.

Der Großvater führte die Kinder fort, eins der Kleinen stirbt unterwegs, was dem Alten nicht weniger als fünf Jahre Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung einbrachte. Nach seiner Freilassung schwor der Großvater dem Töter seiner Tochter Rache. Dieser war seit 1933, nachdem er etwa sieben Jahre im Zuchthaus gebüßt hatte, der Freiheit zurückgegeben. Jetzt spürte der Alte den Feind in Gegend am fernen Viadukt auf.

An der Ecke avenue de Versailles und Boulevard Exelmans, wo kleine Geschäfte, eine Bäckerei, ein Tabakladen stehen, wartete er auf den Verhaßten. Es war drei Uhr nachmittags, ein Tag voll junger Sonne am Point-du-jour. Als der Schwiegersohn kam, schoß der Alte dreimal. Zuerst verlegte er ihn leicht, warf ihn aufs Pflaster, dann schoß er dem Opfer noch langsam zwei Kugeln in den Kopf und tötete es. Er ließ sich ohne Widerstand verhaften. Auf einem Bilde in der Polizeistation sieht er glücklich aus. Die kleinen Leute am Viadukt staunten und hatten ihre Sensation, und diese war aufregender als gewöhnlich.

## BRIEFKASTEN

„Alle für einen.“ Ernst Thälmann, der frühere kommunistische Abgeordnete, feiert am 16. April im Kerker seinen 48. Geburtstag. Mit vielen kommunistischen und sozialdemokratischen Leidensgefährten wird er widerrechtlich im Gefängnis gehalten. Wir wünschen ihm und allen eingekerkerten Revolutionären die Freiheit. Wenn Sie aber Ernst Thälmann zum „Führer der deutschen Antifaschisten“ ausrufen, so erweisen Sie damit weder Thälmann noch der revolutionären antifaschistischen Bewegung einen Dienst. Thälmann ist weit von dem politischen und menschlichen Normal entfernt, das die Führung der kommenden deutschen Revolution erfordert.

H. B. L. Ihnen verdanken wir einige Zeitungsausschnitte, die wieder einmal zeigen, wie mit feinsten Mitteln die ohnehin durch alle möglichen Schiebungen und terroristische Möglichkeiten begünstigte Nazipresse ihren Konkurrenzkampf gegen die übrige Presse führt. So freudet die „Westfälische Landeszeitung“ der katholischen „Treuonia“ an, daß diese folgende Anzeige gebracht hat:

„Unserem hochverehrten Chef Herrn H. Bär und Frau Gemahlin zum 25jährigen Jubiläum herzlichste Glückwünsche! Die Angehörigen der Hn. Gebr. Bär, Dortmund, Brückstraße 27/28.“

Sie lange noch, und die Hitlerpresse wird schon hegen, wenn eine katholische Zeitung auch nur eine „katholische“ Annonce aufnimmt. Die Totalität der Robheit und des Stumpfsinnes duldet weder Juden noch Marxisten noch Katholiken.

H. J., Stockholm. In den klugen Worten Bismarcks, über die Männer des öffentlichen Lebens immer wieder nachdenken sollten, gebiert dieser Satz aus dem A. Band seiner Gedanken und Erinnerungen: „Die Eitelkeit an sich ist eine Hypothek, welche von der Leistungsfähigkeit des Mannes, auf dem sie lastet, in Abzug gebracht werden muß, um den Reinertrag herauszufinden, der als brauchbares Ergebnis seiner Begabung übrig bleibt.“

G. O., Brüssel. Ihr Geschimpfe auf „Talmadist“ beweist nur, daß Sie vom Talmud nichts wissen. Denken Sie mal über folgenden Spruch aus dem Talmud nach: Ein Mensch bleibt weise, solange er die Wahrheit sucht; sobald er sie gefunden zu haben glaubt, wird er ein Narr.“

Hilfslos E. Diebstahl sind Sie im Irrtum. Im Sommer gibt es keine Eintopffesttage. Vom 1. April bis zum 1. Oktober sollen die Eintopffesttage aus, so daß die häufig sich opfernden besessenen Klagen im „dritten Reich“ sich wenigstens am Sonntag wieder einmal leidlich satt essen können.

Dr. H., Basel. Wir danken Ihnen für die ergänzende Mitteilung, daß Dr. Gütt vom Reichsinnenministerium auf der Münchener Arbeitstagung des Sachverständigenrats für Volksgesundheit noch gefordert hat: „Es müßte eine Schul- und Hochschulfestform angeordnet werden, wobei SA- und Arbeitsdienst eingeführt und diese Zeit durch Verfassung der Schulzeit wieder eingeholt wird. So erlöste das Reichsinnenministerium eine Verfassung der Schulzeit.“ — Das blöhen Wissen, das man zum SA-Dienst braucht, wird so nebenher erworben werden können.

G. O., Brüssel. Es ist leider nicht zu erkennen, aus welcher Zeitung Sie diesen Ausschnitt entnommen haben. Die Angaben sind jedenfalls recht interessant: „Die wenigsten wissen, daß es zur Stunde fast eine Million russischer, armenischer, assirischer und türkischer Flüchtlinge gibt, die sich in Europa, im nahen Orient und in China aufhalten, genauer 954.000, von denen 755.000 Russen sind, die aus Sowjetrußland in die benachbarten chinesischen Provinzen geflohen sind. In der Randstaurer halten sich solche in Barackenlagern und Höhlenwohnungen eingesperrt, bis sie der Krieg zwischen Japan und China wieder vertrieben und nach anderen Gegenden verschickt. Das Los all dieser Flüchtlinge ist, von geringen Ausnahmen abgesehen, schrecklich. 155.000 sind nachweisbar ohne Arbeit und 55.000 durch körperliche Gebrechen, Kriegsverletzungen und andere Umstände direkt arbeitsunfähig. Das Nanzen-Institut hat im Jahre 1932 an die 70.000 dieser Flüchtigen und Heimkehrer unterhalten können, davon aber nur 12.000 mit Geldmitteln.“

„Aus Paris“. Von Ihnen erfahren wir, daß dort irgendwer einen „Austus-Streicher-Marsch“ komponiert hat. Das wird vermutlich absolute Nusch sein. Später wird dem Streicher noch ganz anders der Marsch gehalten werden.

Valencia. Ihnen antworten wir mit dem Wort von Gottfried Keller:

Im Sande knarrt der Freiheit goldner Wagen,  
Es ist ein mühselig Schreiten Tag und Nacht;  
Verstaut, verworren von der Jungensclacht,  
Zeigt sich der Welle Schwanz in tiefen Tagen.

Das mühselige Brüllen der Scherier Tag und Nacht muß getragen werden. Wir haben die Herzen dazu. Der Freiheit goldner Wagen wird auch wieder halt werden, und wir wollen dabei schollen haben. Wehr wollen wir nicht. Das ist alles. Und ist es genug. Wenn Sie mehr wissen können: Und soll es recht sein. Heil!

Osar von Gindenburg. Ist es richtig, daß Sie demnächst vom Obersten zum Generalmajor befördert werden sollen? Aber wissen wir nicht, was Sie mit militärischen Verdiensten zu tun haben, außer daß Sie der Sohn eines Generalfeldmarschalls sind, aber immerhin: Wenn Sie jetzt statt einer Obersten eine Generalsinfanterie erhalten, so ist das für das Deutsche Reich immer noch billiger, als wenn Sie sich für Ihren Herrn Vater ein großes Rittergut schenken lassen und die Schenkung so gemacht wird, daß die großen Steuern nicht abzuhi zu werden brauchen, die im Regelfalle eingezogen werden müßten.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann F. H. in Duderstadt; für Inserate: Otto R. u. B. in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkshilfe GmbH, Saarbrücken & Schillingstraße 5. — Schillingstraße 776 Saarbrücken.